



**Den Blick nach
vorn gerichtet**

(Seite 2)

**Sudetendeutscher
Heimattag**

(Seite 5)

**Serie über den
Völkermord, Teil 20**

(Seiten 6 und 7)

Pühringer für Einbindung der Vertriebenen in politische Kontakte mit Südböhmen

Die Sudetendeutschen wollen in den politischen Dialog zwischen Österreich und Tschechien eingebunden werden. Diese Forderung erhob der Obmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Oberösterreich, Peter Ludwig, in Freistadt bei einem vom ÖVP-Vertriebenensprecher NAbg. Norbert Kapeller organisierten Heimatvertriebenen-Symposium, an dem neben SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel, SLÖ-Vize Alfred Bäcker und dem stv. VLÖ-Bundesobmann Martin May auch Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer und NAbg. Vincenz Liechtenstein (ÖVP) teilnahmen. Ludwigs Wunsch, etwa bei gemeinsamen Sitzungen der oberösterreichischen und südböhmischen Landesregierungen „zumindest als stiller Zuhörer dabei zu sein“, fand bei Pühringer ein offenes Ohr: „Ich habe überhaupt nichts dagegen.“ Der Landeshauptmann will mit seinem Bud-

weiser Amtskollegen Jan Zahradnik „gern erörtern, ob man einen Vertreter der Vertriebenen beiziehen oder in anderer Form Sudetendeutsche empfangen könne“. Sollte der südböhmische Kreishauptmann dem zustimmen, wäre dies eine Sensation: Bislang verweigern tschechische Politiker jeglichen offiziellen Dialog mit Sudetendeutschen.

Nicht von tschechischem Entgegenkommen hängt die Realisierung einer Idee Kapellers ab: Dieser regte die Einführung eines nationalen Gedenktages gegen Vertreibung an. Außerdem unterstützt er die Forderung von SL-Chef Ludwig nach einer vom Land Oberösterreich unterstützten Informationskampagne in Südböhmen über die Vertreibung der Sudetendeutschen. Auch in Oberösterreich soll dem Informationsdefizit über die Sudetendeutschen entgegengewirkt werden, indem das Thema im Geschichtsunter-

richt einen größeren Stellenwert bekommt. Pühringer sieht dafür einen konkreten Anlaß: Wenn 2005 60 Jahre Befreiung Österreichs und 50 Jahre Staatsvertrag gefeiert werden, „darf die Frage der Heimatvertriebenen nicht ausgeklammert werden“, so Pühringer, der einmal mehr auf die große Aufbauleistung der Sudetendeutschen für Oberösterreich hinwies. Deshalb werde das Land die Vertriebenen auch bei der Durchsetzung ihrer Rechte „überall dort, wo es einen Funken Chance gibt, unterstützen“. Tschechien sei „gut beraten, die Beneš-Dekrete aufzuheben“, so Pühringer. Denn für diese Unrechtsakte, auf deren Grundlage mehr als drei Millionen Sudetendeutsche nach dem Krieg enteignet und vertrieben worden waren, sei in der EU-Wertegemeinschaft kein Platz!

Einen ausführlichen Bericht lesen Sie im Blattinneren.

WAR ES NUR EINES von vielen Symposien, das der neue ÖVP-Vertriebenensprecher Norbert Kapeller da vorigen Donnerstag in Freistadt organisiert hatte? Vielleicht gar eines von der Sorte „Politikerprofilierungs-Show“? Es waren im Publikum durchaus auch skeptische Bemerkungen zu hören – nicht ins Mikrofon, sondern nur zum Sitznachbarn gesagt. Eigentlich könne man jetzt nach dem EU-Beitritt Tschechiens ohnehin nicht mehr viel machen. Die Warnung eines Diskussionssteilnehmers vor zuviel „Zweckoptimismus“ war daher gut gemeint, aber eigentlich hatte man ohnehin nicht den Eindruck, daß sich die Referenten beziehungsweise die Zuhörer vor Optimismus überschlagen. Die meisten sind ja nicht zum ersten Mal auf einer sudetendeutschen Veranstaltung gewesen. Über die Jahre hinweg sind sie vorsichtig geworden, glauben nicht mehr alles, was ihnen ein Politiker verspricht. Zu oft schon hat sich das, was so schön geklungen hat, hinterher als leere Worthölse entpuppt. Man ist daher skeptisch, mißtrauisch – und folglich nicht sonderlich optimistisch in bezug auf die Lösung der Sudetendeutschen Frage zumindest halbwegs im Sinne der Vertriebenen.

DENNOCH VERLIESSEN nicht wenige Teilnehmer dieses Symposium wenn schon nicht in Aufbruchsstimmung, so doch etwas optimistischer, daß in ihrer Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

WARUM? Vielleicht lag es am Blick in die Zukunft, der in Freistadt zumindest versucht wurde. Der Blick zurück ist notwendig und das erlebte Schicksal zieht den Blick auch unweigerlich immer wieder hinein in die Wirren der Geschichte. Das damals begangene Unrecht will immer wieder und immer wieder beschrieben werden, weil es ja nachweislich heute vielen Menschen gar nicht mehr bewußt ist. Doch der rückwärts gerichtete Blick birgt in sich die akute Gefahr des Stolperns auf dem ohnehin sehr steinigen Weg zum Recht. Große Versprechungen konnte in Freistadt keiner der anwesenden Politiker machen: Ein Landeshauptmann mag einiges bewegen können, aber den Tschechen die Abschaffung der Beneš-Dekrete und die Entschädigung der Vertriebenen vorschreiben, das kann er ebensowenig wie jeder andere österreichische Politiker. Aber er kann eines tun: Die Tschechen bei jeder Gelegenheit auf diese offene Wunde, die niemals von alleine heilen kann, hinweisen. Ihnen sogar auf die Nerven gehen, wie es Josef Pühringer schon getan hat. Das allein aber wird nicht genügen. Das Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit sowohl hierzulande als auch in Tschechien muß für die Anliegen der Vertriebenen geschärft werden. Und wo könnte das besser geschehen als dort, wo Bewußtseinsbildung beginnt: In der Schule. Das Angebot, in den Schulen anläßlich des österreichischen Doppeljubiläums im kommenden Jahr (60 Jahre Befreiung von den Nazis, 50 Jahre Staatsvertrag) in Projektarbeiten die Schüler auch mit der Vertriebenenfrage zu konfrontieren, ist quasi der Versuch, mit dem einen Auge zurück, mit dem anderen nach vorn zu blicken. Denn nur wenn die Jugend sich dieser Problematik bewußt ist, wird sich die Hoffnung der meisten tschechischen Politiker (und wohl auch nicht weniger österreichischer und deutscher) auf eine biologische Lösung als trügerisch erweisen. Das Entstehen einer „Bekenntnisgeneration“ erfordert die entsprechenden Impulse im Bildungssystem, das jungen Menschen ein Bewußtsein dafür vermittelt, daß nicht nur österreichische und deutsche Geschichte immer aufs neue bewältigt werden muß, indem man sich ihr stellt und, wenn erforderlich, die entsprechenden Konsequenzen zieht.

ES WÄRE GUT, wenn solch hochkarätig besetzte Symposien in allen Bundesländern stattfänden. Die permanente Auseinandersetzung mit der Sudetendeutschen Frage und das wiederholt gemeinsame öffentliche Auftreten von Vertriebenenfunktionären und Politikern sollte helfen, daß nicht vergessen wird, was nicht vergessen werden darf. In Freistadt ist dies gelungen. Für Jubelschreie ist es zu früh. Aber daß viele Teilnehmer ein kleines bißchen optimistischer nach Hause gingen, war vielleicht gar nicht so unberechtigt.

Das Bild der Heimat



Blick auf Bodenbach. Im Vordergrund ist die evangelische Kirche zu sehen.

Freistädter Heimatvertriebenen-Symposium debattierte Zukunft der Heimatpolitik: Den Blick nach vorn gerichtet

Der historische Rückblick kam nicht zu kurz, doch der Titel des vom ÖVP-Vertriebenensprecher Norbert Kapeller organisierten Heimatvertriebenen-Symposiums gab eine weitere Blickrichtung vor: „Unser Recht. Unser Eigentum. Unsere Perspektiven.“

Gleich vorweg: Euphorische Aufbruchstimmung herrschte unter den zahlreichen Teilnehmern des Symposiums im Freistädter Kulturzentrum Salzhof an diesem 9. September nicht. Oberösterreichs SL-Obmann Peter Ludwig erinnerte in seiner Begrüßungsrede noch einmal daran, daß die Sudetendeutschen am 1. Mai, als Tschechien der EU beigetreten ist, nicht hatten mitfeiern können. Daß Tschechien eigentlich nicht reif für die EU gewesen sei, meinte einer der Diskutanten und sprach damit wohl den meisten der zahlreichen Zuhörer aus der Seele. Aber der EU-Beitritt ist nun einmal vollzogen und der verärgerte Blick zurück bringt – so verständlich er sein mag – nicht viel außer noch mehr Ärger. Nichtsdestotrotz kann es kein sudetendeutsches Symposium geben, das den historischen Rückblick ausspart. So auch in Freistadt, wo der den „Sudetendepost“-Lesern als Autor unserer Serie über den Völkermord bestens bekannte stv. SLO-Obmann Alfred Bäcker den Part des „Geschichtslehrers“ übernahm, indem er anhand zahlreicher Beweise darlegte, daß die „Entgermanisierung“ des Sudetenlandes schon lange vor Hitlers Verbrechen in tschechischen Köpfen herumgeisterte. Auch der Historiker und stv. SLO-Obmann Alfred Oberwanding belegte dies in seinem Referat über die „Methoden und Dimensionen der tschechischen Enteignungspolitik“. Die Dimension des Verbrechens erforderte denn auch einen zeitlichen Rahmen für dessen Darstellung, so daß mancher Anwesender schon befürchtete, die Zukunftsvision könnte zu kurz kommen. Aber wenn man sich im Recht fühlt, aber nicht Recht bekommt, versucht man seinen Standpunkt umso mehr mit guten Argumenten zu untermauern. Und diese Argumente liegen nun einmal auch in der Geschichte.

Eine biologische Lösung darf es nicht geben!

Vielleicht tun sich Jüngere wie der erst 1970 in eine Vertriebenenfamilie geborene Abgeord-

nete Kapeller etwas leichter mit dem Blick nach vorn. Unbelastet von einem persönlichen Vertriebungsschicksal, versucht er den Bogen zu spannen von der Geschichte über die Gegenwart in die Zukunft der Vertriebenenpolitik. Der in diesem Amt dem soeben vom VLÖ-Vize Martin May mit dem VLÖ-Ehrenzeichen dekorierten Freistädter Bürgermeister Josef Mühlbacher nachgefolgte Vertriebenensprecher will einen „Beitrag leisten zum Übergang von der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration“, läßt aber keinen Zweifel, daß ihm das Schicksal der Erlebnisgeneration sehr wohl bewußt ist: „Das unseren Eltern und Großeltern angetane Unrecht ist nicht zu entschuldigen und schon gar nicht wird es durch das Ableben der Betroffenen zum Recht!“ Diese Thematik dürfe sich nicht biologisch lösen. Kapeller ermutigt die Vertriebenen, ihr Schicksal anzusprechen und vor allem ihr Recht auch einzufordern: „Ich würde mir nie erlauben, jemandem das Recht auf Restitution abzusprechen.“ Die Amnestie- und Vertriebungsdekrete müßten auf dem europäischen Rechtsweg angefochten werden, sagt Kapeller und verspricht seine Unterstützung. Der Vertreter der jungen Generation unterstreicht sein Bekenntnis mit konkretem, in die Zukunft gerichtetem Engagement: Kapeller spricht sich für die Einführung eines nationalen Gedenktages gegen Vertriebungen aus, die Vertriebenen sollten in Verhandlungen der Regierung mit Tschechien eingebunden werden. Eine Informationskampagne in Tschechien über die Vertriebung solle durch das Land Oberösterreich gefördert werden. Außerdem solle es Hilfe für die Heimatvertriebenen geben.

Pühringer: Beneš-Dekrete sind immer ein Thema

Die Forderung nach einer Einbindung der Sudetendeutschen in bilaterale Kontakte und nach der Förderung einer Infokampagne erhebt auch SLO-Obmann Ludwig. Er fragt, ob nicht etwa bei den regelmäßigen Treffen der südböhmischen und oberösterreichischen Politiker ein Vertreter der Landsmannschaft „zumindest als stiller Zuhörer dabei sein könnte? Landeshauptmann Josef Pühringer hätte damit überhaupt kein Problem: „Ich habe da überhaupt nichts dagegen, muß das aber dem Kreishaupt-



Sudetendevote Symposium in Freistadt (v. l. n. r.): Oberösterreichs SL-Obmann Ludwig, NAbg. Liechtenstein, ÖVP-Vertriebenensprecher Kapeller, LH Pühringer. Foto: Hartl

mann Zahradnik vorschlagen.“ Pühringer will mit seinem südböhmischen Amtskollegen die Möglichkeit erörtern, ob SL-Vertreter als Beobachter an gemeinsamen Regierungssitzungen teilnehmen oder in anderer Form von tschechischen Politikern empfangen werden könnten. Schon jetzt sind die Sudetendeutschen freilich bei jedem seiner Treffen mit tschechischen Politikern unsichtbar dabei. Pühringer: „Ich habe noch nie ein Treffen mit führenden tschechischen Politikern gehabt, bei dem ich die Frage der Beneš-Dekrete nicht angesprochen habe.“ Man glaubt es ihm. Denn Pühringers Position ist klar, klarer vielleicht als die mancher seiner Parteifreunde. „Tschechien ist gut beraten, diese Dekrete aufzuheben. Mit (von tschechischen Politikern oft aufgestellten, Anm.) Behauptungen, dieses Dekrete würden ohnehin nicht mehr gelten, darf man sich nicht zufriedengeben“, so Pühringer, der allerdings auch davor warnt, von ihm Wunder zu erwarten. Der Landeshauptmann hat im Sinne des „Bohrens dicker Bretter“ auch ein konkretes Angebot nach Freistadt mitgebracht: „Wenn wir nächstes Jahr des 60. Jahrestages der Befreiung Österreichs und des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Staatsvertrages gedenken, wird unser Dank auch den Vertriebenen gelten.“ Die Dankbarkeit soll sich in Oberösterreich zum Beispiel in konkreten Schulprojekten äußern. Bei Sonderprojekten im Rahmen des Ge-

schichtsunterrichtes anlässlich der beiden Jubiläen dürfe, so Pühringer, „die Frage der Heimatvertriebenen nicht ausgespart werden“.

Der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Vincenz Liechtenstein wünschte in seinem Redebeitrag ebenfalls „die Beneš-Dekrete auf den Müllhaufen der Geschichte“. „Wir wollen ein Europa, in dem das Recht und nicht die Vertreibung als die Quelle des Friedens bezeichnet wird“, sagte er und fand auch klare Worte zur Person Beneš: „Der war weder Demokrat noch anständig, sondern ein Verbrecher.“ Liechtenstein verweist auf das Beispiel Sloweniens, wo schon viele Altösterreicher ihre nach 1945 enteigneten Häuser restituiert bekommen hätten.

Wenn Tschechien nicht die hingestreckte Hand aufnimmt und positive Beispiele wie Slowenien oder Kroatien als Vorbild für eine Lösung der Sudetendeutschen Frage betrachten will, wird es ständig mit diesem Thema konfrontiert bleiben. SLO-Obmann Ludwig läßt keinen Zweifel: Wir werden europäische Rechtswege beschreiten und lehnen den Vorwurf ab, dadurch die europäische Vereinigung zu stören – wir sind überzeugt, daß unser Eigentum unverzichtbar ist.“

In der nächsten Ausgabe lesen Sie die Zusammenfassung eines Vortrages des stv. SLO-Obmanns und Historikers Alfred Oberwanding über „Methoden und Dimensionen der tschechischen Enteignungspolitik“.

Versöhnung nur mit, nicht gegen die Vertriebenen

Die veränderten Bedingungen in Europa benötigen sichtbare Zeichen für eine interessenorientierte Vertriebenenpolitik in Deutschland. Deshalb hat der Vorstand der Landesgruppe Thüringen der Landsmannschaft Schlesien zu der Veranstaltung am 21. August nach Erfurt eingeladen.

Die Äußerung und die Haltung von Herrn Schröder in Warschau, die enttäuschenden Äußerungen des neuen Bundespräsidenten und die eigenwilligen, der Beschlußlage im BdV-Bundesverband widersprechenden Äußerungen von Frau Steinbach sind erkennbare Zeichen eines gesteuerten politischen Willens, der weder das Völkerrecht noch die Menschenrechte achtet, wenn es um die Rechte der deutschen Opfer geht.

Sechshundert Landsleute, darunter Gäste aus fast allen Bundesländern, sind der Einladung gefolgt. Der Landesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Dr. Latussek, forderte den Versöhnungsprozeß mit Polen nicht gegen die Vertriebenen, sondern mit ihnen zu führen: „Versöhnung kann nur gelingen als ein Werk von Opfern und Tätern und nicht als ein Werk der Täter und denen, die die Opfer ausgrenzen wollen. Die Landesgruppe Thüringen begrüßt und unterstützt die Arbeit der Preußischen Treuhänder, da sich mit dieser die Vertrie-

benen ein Instrument politischen und rechtlichen Handels geschaffen haben.“ Die Heimatvertriebenen haben Anspruch auf Entschädigung. Es ist nicht hinzunehmen, daß gerade diejenigen Opfer, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg trotz des tiefempfundenen Unrechtes ihrer Vertreibung in menschlicher Größe gegen Rache und Vergeltung ausgesprochen und die den Neuaufbau Deutschlands entscheidend mitbestimmt haben, nun um ihre Ansprüche auf Eigentum und Entschädigung betrogen werden sollen. BdV-Chefin Steinbach habe, so Latussek, kein Recht, im Namen aller Vertriebenen Verzichtserklärungen abzugeben.

Der Bundesvorsitzende Rudi Pawelka ist in seinen Ausführungen sehr ausführlich auf die rechtliche Situation, die für die Vertriebenen Grundlage ihrer Tätigkeit ist und auf die Irritationen, die durch die Äußerungen von Frau Steinbach entstanden sind, eingegangen. Er begrüßte die veröffentlichte Haltung des Präsidiums, das die Eigenmächtigkeit von Steinbach einstimmig kritisiert hat. Pawelka kündigte an, die Entschädigungsfrage der deutschen Vertriebungsoffer vor den EU-Gerichtshof zu bringen (wie das Sudetendeutsche schon getan haben). Pawelka: „Es ist nicht hinzunehmen, daß Vertriebene anderer Völker entschädigt werden und die deutschen Opfer leer ausgehen.“



Sudetendevote zeigten in Freistadt Flagge (v. l. n. r.): Stv. SLO-Obmann Bäcker, SLO-Chef Zeihsel, ÖVP-Vertriebenensprecher Kapeller, NAbg. Liechtenstein, SLO-Obmann Ludwig.

Prag ignoriert EU-Richtlinien

Der Brief der „Harry-Potter“-Autorin Joane Rowlings an den tschechischen Präsidenten Václav Klaus, in dem sie über unhaltbare Zustände in tschechischen Nervenanstalten und psychiatrischen Kliniken klagte, zieht immer weitere Kreise. Präsident Klaus hat führende tschechische Psychiater auf die Prager Burg gebeten, um sich selbst ein Bild zu machen und prompt erklärt, „daß die Angelegenheit nur Tschechien angehe und gelöst werde“. Tatsächlich hat Prag aber mit der Ignorierung von EU-Richtlinien gegen die im Beitrittsvertrag eingegangenen Verpflichtungen verstoßen. Jedenfalls sollen sogenannte „Käfige“ und mit Netzen überspannte Gitterbetten sofort abgeschafft werden. Das „Einsperren“ von geistig kranken Menschen in tschechischen Anstalten haben unterdessen Reportagen in britischen Blättern und im britischen Rundfunk BBC breitgetreten,

das Blatt „Sunday Times“ hat zu allem Überfluß Fotos aus einem Institut veröffentlicht. Eine Reporterin war in der Anstalt Rab bei Pardubitz unter dem Vorwand, sich für einen Pflegeberuf zu interessieren, mehrere Tage tätig und schilderte als besonders tragisch den inhumanen Umgang mit geistig gestörten Kindern.

Amnesty International hält Prag vor, Patienten viel zu häufig in Gitterbetten wegzusperren, auch wenn tschechische Psychiater die Gegenfrage aufwerfen, ob die in England üblichen „gepolsterten Zellen“ humaner wären und tschechische Pflegerinnen der britischen Autorin empfehlen, wenigstens einen Tag in einer Irrenanstalt Dienst zu tun. Daß dieses Problem auch im EU-Parlament aufgegriffen werden dürfte, da Mrs. Rowlings in einem Schreiben an ihre EU-Abgeordnete von Folter spricht, liegt nahe. Gustav Chalupa

Prag debattiert wieder über Geste

Der tschechische Außenminister Cyril Svoboda hat sich – wohl nicht zufällig einen Tag vor einem Berlin-Besuch – für eine „humanitäre Geste“ an die Antifaschisten in Reihen der deutschen Minderheit in Tschechien ausgesprochen, die gegen das NS-Regime für eine demokratische Tschechoslowakei gekämpft haben. Dies könne in Form einer „symbolischen Zahlung“ geschehen, sagte der Christdemokrat kürzlich. Svoboda als sozialdemokratischer Koalitionspartner ist in dieser Frage gespalten. Ex-Außenminister Jan Kavan (CSSD) hofft, daß man sich auf eine Geste werde einigen können. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen (CSSD) Parlamentsfraktion, Petr Ibl, äußerte sich demgegenüber ablehnend: „Ich denke, daß bereits einige Schritte gesetzt wurden, weitere scheinen überflüssig.“ Vizepremier Zdenek Skromach (CSSD) betonte, man sollte hinter alle Entschädigungsfragen einen „dicken Schlußstrich“ ziehen. Die mitregierende liberale Freiheitsunion (US-DEU) ist in der Frage auch gespalten. Der stellvertretende Parteichef der oppositionellen Demokratischen Bürgerpartei (ODS), Petr Necas, kritisierte das „Heraus-picken“ einer bestimmten Gruppe Betroffener.

Neue Grenzübergänge verzögern sich

Die geplante Eröffnung von fünf neuen tschechisch-österreichischen Grenzübergängen verzögert sich. Die für den Tourismus bestimmten kleinen Übergänge hätten bereits in diesem Frühjahr ihren Betrieb aufnehmen sollen. Der Vorsitzende der südböhmischen Landesregierung, Jan Zahradník, sagte, derzeit fehle noch ein entsprechendes Regierungsabkommen zwischen beiden Staaten. Sowohl das tschechische als auch das österreichische Außenministerium hätten im Vorjahr Schritte in diese Richtung versprochen, bisher sei jedoch nichts geschehen, so Zahradník. Alle geplanten Grenzübergänge liegen in der Euroregion Silva Nartica, die vier südböhmische Kreise sowie das niederösterreichische Waldviertel umfaßt.

Wie das Blatt der tschechischen Kommunisten „Haló noviny“ kürzlich berichtet hat, wird in den Tagen des 29. und 30. Oktober 2004 in Pilsen der VI. nationale Kongreß des Klubs des tschechischen Grenzgebietes KČP (Klub českého pohraničí) stattfinden. Einen bedeutenden Anteil an den Vorbereitungen nehmen die Absprachen der Kreisverbände des Klubs untereinander ein. In diesem Zusammenhang fand am 22. Juli in Znaim die I. Südmährische Kreisversammlung statt unter Anwesenheit von Delegierten aus den Bezirksräten des KČP von Znaim, Lundenburg, aus dem Stadtrat der KČP Brunn und aus dem Ortsverband Jamnitz (Jemnice). Auf dieser Veranstaltung wurde die Tätigkeit in den beiden zurückliegenden Jahren in der Erfüllung der programmatischen Ziele dieses Verbandes bewertet im Geiste der Losung: „Nur wenn unser Grenzgebiet tschechisch ist, bleibt auch unser Vaterland tschechisch.“

Die Hauptaufgabe des Verbandes bleibt die Beobachtung und Reaktion auf die provokativen Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowie von Regierungsvertretern der BRD und der Republik Österreich nach Aufhebung der Beneš-Dekrete, konkreter Bekundungen von Germanisation und Revanchismus in der Tschechischen Republik. Insbesondere erörtert wurde ein erneuter Protest gegen die Tätigkeit der sogenannten Kontaktkanzlei der SL in Prag, gegen die Bürgervereinigung „Vlastenecký poutník“ (Patriotischer Pilger) im Freudenthaler Gebiet (Bruntálsko) zur Durchsetzung des zweijährigen europäischen Projekts „Bürgererneuerung der Sudeten“, gegen die feindseligen Kampagnen gegen Präsident Beneš, gegen Androhungen an die Tschechische Republik auf den diesjährigen Sudetendeutschen Tagen in Nürnberg und weiteres. In der Diskussion wurde auch die aktive Tätigkeit der Sektionen ehemaliger Beschützer der Staatsgrenze im südlichen Mähren bewertet.

Entstanden war der Klub nach dem endgültigen Zerfall der Tschechoslowakei 1993. Zu sei-

nen Mitgliedern, deren Zahl für 1994 mit etwa 10.000 angegeben wurde, gehörten vor allem tschechische Neusiedler in den ehemals deutschen Grenzgebieten. Der Verband, der die Mitglieder aufforderte, „einen festen Wall gegen die Germanisierung unseres Volkes zu errichten“ (Špígl, 25. 11. 1993), versteht sich in der Tradition der von böhmischen Königen im Grenzgebiet gegen Bayern angesiedelten Grenzwächter (Choden) mit dem Symbol eines stilisierten Hundekopfes. Ausgehend von den gehäuft in Nordböhmen entstandenen Ortsverbänden mit dem Hauptsitz in Aussig, gründete der KČP 1994 einen weiteren Ortsverband in Pilsen (Plzeňský deník, 3. 8. 1994) und hat sich inzwischen bis nach Südmähren (Lundenburg) ausgeweitet. In Aussig gibt der Verband das Blatt „Hraničár“ (Der Grenzler) heraus. Die Anschrift der Redaktion (und des Verbandes) lautet: Dobětvická 10, Ustí n. L. 400 01.

Am 24. 9. 1994 veranstaltete der Klub des tschechischen Grenzgebiets eine Demonstration in Eger unter dem Motto: „Nie mehr München – Cheb muß tschechisch bleiben“. Zunächst hatte der Bürgermeister von Eger diese Veranstaltung verboten, ein Berufungsgericht fand indessen keine Gründe, das Verbot aufrechtzuerhalten und gestattete die Veranstaltung, die ohne Zwischenfälle unter großem Polizeiaufgebot stattfand. (Deutschsprachige Sendung von Radio Prag am 26. 9. 1994).

Einen größeren Beitrag über den Klub des tschechischen Grenzgebiets brachte Berthold Kohler in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 26. 9. 1994 („Barbarossa war ein Deutscher, also nieder mit ihm“). Der Fernsehkanal VOX berichtete am 13. 10. 1994 über dieses Spektakel in seinem TV-Magazin „Die Zeit“. Dieser Beitrag von Stephan Lambsky schloß mit der Feststellung: „Bis jetzt hat der Klub noch nicht den gewünschten Zulauf und die Resonanz auf das Gezeter bleibt gering. Der Klub des Vereins des tschechischen Grenzgebiets wird wohl bleiben, was er ist: Ein Verein poltern-

der Populisten.“ Während über heutige aktuelle Mitgliederzahlen nichts bekannt geworden ist, zeigt der eingangs erwähnte Beitrag in „Haló noviny“ eine Ausuferung der Organisationsstrukturen dieses Verbandes.

Auf der Znaimer Veranstaltung am 22. 7. 2004 nahmen die Teilnehmer zum Abschluß eine Verlautbarung an, die der Vorsitzende des südmährischen Kreisrates des KČP, Stanislav Bršlica, unterzeichnete. Daraus:

„Uns beunruhigen die wachsenden Verkündungen des Revisionismus der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die wir mit großen Befürchtungen beobachten, insbesondere ihre Angriffe auf Präsident Beneš und die Gültigkeit der Präsidialdekrete. Wir lehnen eine Verdrehung und Verfälschung unserer nationalen Geschichte ab, wir lehnen Bestrebungen ab um die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs. Der Klub des tschechischen Grenzgebiets zeigt gemeinsam mit weiteren patriotischen Organisationen nicht nur die Gefahren anwachsender Bekundungen von Germanisierung und Faschismus auf, sondern wir streben danach, die tschechischen nationalen Interessen gründlich zu verteidigen und dazu auf Grundlage der Fakten und Argumente neue Mitglieder zu gewinnen.“

Der Mitgliederbestand des Klubs scheint eine ähnlich generationenbedingte Entwicklung zu durchlaufen, wie mancher deutsche Vertriebenenverein. Inzwischen sind neue tschechische Generationen in die ehemals deutschen Grenzgebiete hineingeboren worden und empfinden diese als ihre natürliche Heimat. Sie teilen nicht mehr in gleichem Maße die Ängste ihrer Eltern und Großeltern, die nach Kriegsende als Neusiedler in diese Gebiete gekommen waren und eine mögliche Rückkehr der Deutschen befürchteten. Und auch nach der inzwischen erfolgten EU-Erweiterung liegt ein Niederlassungsrecht für Deutsche in Tschechien in weiter Ferne. Vietnamesen müßte man sein, dann stünde es damit besser. Von Josef Weikert

Mehr Sicherheit für ältere Menschen

Sozialministerium leistet entscheidenden Beitrag zur Unfallvermeidung von Seniorinnen und Senioren

Ausgangslage alarmierend

- 2001 starben 1.088 Personen über 60 Jahre bei Unfällen in ihrem Wohnbereich.
- Rund 80 Prozent aller tödlichen Unfälle bei alten Menschen sind auf Stürze im Haushalt zurückzuführen.
- 2001 wurden mehr als 132.000 Personen bei Unfällen so schwer verletzt, daß sie sich einer Spitalsbehandlung unterziehen mußten.

Viele Unfälle vermeidbar

Das alles müßte nicht sein. Die typischen Unfälle älterer Menschen, wie der Sturz in der eigenen Wohnung, sind vermeidbar. Wer Unfallprävention in seinem eigenen Lebensbereich ernst nimmt, kann sich dadurch Leid und gesundheitliche Probleme ersparen. Der Aufwand zur „Entschärfung“ von Unfallgefahren im Wohnbereich ist meist geringer als angenommen. – Es kommt auf die richtigen Maßnahmen an.

Sozialministerium hilft mit Broschüre „Sicher wohnen – besser leben“

Das Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz unterstützt Sie nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ dabei, Unfälle in Ihrem Lebensbereich zu vermeiden. Denn jeder Unfall ist einer zuviel. Die Broschüre „Sicher wohnen – besser leben“, bietet umfangreiche und praktische Informationen, wie Sie Gefahrenquellen im Wohnbereich erkennen und ausschalten. Sie zeigt, welche Alltagshilfen das Leben leichter machen und welche Beratungsstellen Ihnen bei der Erhöhung Ihrer persönlichen Sicherheit weiterhelfen.

Je sicherer Sie Ihren Wohnbereich machen und je besser Sie sich vor Unfällen schützen, desto größer wird Ihre Lebensqualität im Alter sein. Bauen Sie vor – beugen Sie vor!

Die Broschüre „Sicher wohnen – besser leben“ kann kostenlos beim Broschürenservice unter der gebührenfreien Telefonnummer 0800/202074 angefordert werden.

Ihr

Mag. Herbert Haupt

Bundesminister
für soziale Sicherheit, Generationen
und Konsumentenschutz

Ihre

Ursula Haubner

Staatssekretärin für Familie und
Generationen

Weitere Informationen zur Aktion Seniorensicherheit und die Gratis-Broschüre „Sicher Wohnen – Besser Leben“, erhalten Sie im Kompetenzzentrum für Senioren- und Bevölkerungspolitik, Franz-Josefs- Kai 51, 1010 Wien oder unter www.bmsgv.at.



**BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT
GENERATIONEN UND KONSUMENTENSCHUTZ**

Der große Immobilienboom an der Grenze blieb nach EU-Beitritt aus

Die Vorstellungen, daß nach dem EU-Beitritt Tschechiens Ausländer massenweise Grundstücke in den Grenzregionen Tschechiens aufkaufen werden, waren offensichtlich stark übertrieben.

Obwohl Ausländer als natürliche Personen nach den bestehenden tschechischen Gesetzen in Tschechien keine Grundstücke kaufen können, gehören beispielsweise in Südböhmen schon mehrere Grundstücke Ausländern, die diese über andere Personen oder Firmen gekauft hatten. Das Interesse an tschechischen Immobilien ist nach dem EU-Beitritt jedoch entgegen früherer Erwartungen nicht gestiegen. Dies bestätigt auch Petr Brech, Besitzer der Firma Reality Krumlov, die sich mit dem Verkauf von Immobilien im Kreis Krumlov beschäftigt: „Ich meine, daß sich der Trend vor dem EU-Beitritt von dem heutigen Trend nicht unterscheidet. Damit will ich nicht sagen, daß es gar kein Interesse am Kauf von Immobilien gibt. Das Interesse ist jedoch nicht bedeutend gestiegen“, sagte Brech kürzlich gegenüber Radio Prag.

Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Preis der angebotenen Grundstücke. Petr Brech zufolge verlangen die tschechischen Grundbesitzer

manchmal übertriebene Preise für ihre Grundstücke, mit der Vorstellung, daß sich dafür ausländische Käufer interessieren werden, die auch bereit wären, solche Preise zu bezahlen. Da überlegen sich dann auch ausländische Interessenten, ob sie so viel investieren sollen, meint Brech. Was die Verkäufer anbelangt, so sind unter ihnen sowohl Privatpersonen, denen zum Beispiel das einst vom kommunistischen Staat beschlagnahmte Familieneigentum nach der Wende zurückgegeben wurde, als auch Organisationen. Petr Brech zufolge geht es um landwirtschaftliche Firmen, die zu viele Grundstücke gekauft hatten, um die sie sich nicht kümmern können oder wollen. Unter den Käufern sind nicht nur Österreicher und Deutsche, sondern auch Niederländer. Keine der Nationen herrscht jedoch unter den Käufern vor, nur die Interessen sind unterschiedlich, wie Petr Brech bestätigt:

„Bei den Holländern herrscht eindeutig das Interesse für Immobilien vor, die sie selbst im Urlaub nutzen, wo sie Erholung suchen. Was Österreicher und Deutsche anbelangt, so interessieren sich die ebenfalls für Immobilien dieser Art. Jedoch noch mehr fragen sie nach Grund-

stücken, die sie dann eventuell auch bewirtschaften könnten. Ich glaube aber, daß Deutsche und Österreicher, die sich mit landwirtschaftlicher Produktion in Tschechien befassen wollen, dies schon längst gemacht und nicht erst auf den EU-Beitritt Tschechiens gewartet haben.“

Ausländer, darunter auch viele Niederländer, kaufen auch größere kommerziell genutzte Immobilien. Am meisten gefragt aber sind in der Region von Krumlov Immobilien am Stausee Lipno.

Petr Brech teilt die Vorliebe der Käufer für Lipno nicht, denn: „Im Kreis Český Krumlov gibt es meiner Meinung nach schönere Regionen als am Stausee Lipno – auch was die Erholungsmöglichkeiten oder das Preisniveau betrifft. Dies ist meine persönliche Meinung. Ein konkretes Beispiel: In Novohradské hory / Gratzener Berge ist die Landschaft sehr schön, die Region ist noch nicht durch den Tourismus stark belastet.“ Die Beliebtheit des Stausees Lipno hängt mit der langen Tradition zusammen. Petr Brech zufolge wird die Region von Novohradské hory als Erholungsgebiet erst allmählich entdeckt.

Ruf nach Gedenken an Gefallene des Ersten Weltkrieges in Tschechien lauter

Vor neunzig Jahren begann der Erste Weltkrieg – nach dem Beitritt der Tschechischen Republik zur EU werden die Stimmen immer lauter, der Gefallenen des Ersten Weltkrieges ehrend zu gedenken.

Die tschechische evangelische Kirchengemeinde in Eger hat es abgelehnt, eine Ersatz-Gedenktafel für die vierzig im Ersten Weltkrieg gefallenen deutschen Gemeindeglieder in der evangelischen Friedenskirche anbringen zu lassen. Ist dafür vielleicht die Tatsache verantwortlich, daß die gefallenen Soldaten zu 98 Prozent der römisch-katholischen Religion angehörten? Oder etwa die Tatsache, daß sich heute die katholische Kirche in der westböhmisches Diözese für die gefallenen Soldaten zu Wort meldet, wie kürzlich geschehen?

Nach dem Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union ist auf dem Gebiet der Rehabilitierung der Gefallenen des Ersten Weltkrieges einiges im Gange. In Pilsen, wo das k.k. 35. Infanterieregiment (IR) zu Hause war, gibt es zur Zeit vier historische Gruppen, die in k.k.-Uniformen Übungen in der Natur durchführen. Manche historisch interessierte Zivilpersonen versuchen mit Hilfe historischer Quellen ungeklärte Ereignisse im Verlauf des Ersten Weltkrieges zu erforschen. Es geht nicht immer um rein wissenschaftliche Ziele, sondern meistens sind die Suchenden Verwandte von damals gefallenen Soldaten. Manch einer versucht aus verspäteter Reue die Gräber der eigenen Verwandten zu finden. In der Regel beginnt man mit der Suche im Kriegsarchiv in Wien. Während das meiste noch auf eigene

Faust geschieht, knüpft man später Kontakte mit Gleichgesinnten und hilft sich schließlich gegenseitig. Diese Menschen wollen sich nicht damit abfinden, daß ihre gefallenen Familienmitglieder aus dem Gedächtnis ausradiert werden sollen. So erscheinen in letzter Zeit in der Tschechischen Republik vermehrt Zeitungsartikel zu diesem Thema und es werden Ausstellungen organisiert. So wurden zum Beispiel am 25. Juli laut dem Bischofsbrief an allen Kirchen in der ganzen westböhmisches Diözese die Totenmessen mit Gebeten für die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkrieges abgehalten. Zum 90. Jahrestag des Kriegsausbruchs erschien im „Pilsener Tagblatt“ eine achtseitige Beilage mit zahlreichen Abbildungen, die die Ereignisse von damals mit ungeschminkten Worten beschreibt. Da äußert man auch die Überzeugung, daß alle gefallenen Soldaten das Recht auf ihren Namen haben, auf die gleiche Verehrung, ohne Rücksicht auf die Nationalität, wie es im übrigen Europa der Fall ist. Die Verwandten von bisher namenlosen gefallenen Soldaten wollen nicht länger dulden, daß offiziell nur eine Handvoll der Soldaten befeuert wurden und werden. Die früheren Regierungen der Tschechoslowakei nach 1918 bis heute waren nicht bereit, über die böhmischen Soldaten, falls sie nicht in den Uniformen der tschechoslowakischen Legionäre steckten, zu sprechen oder sprechen zu lassen. 130.000 gefallene k.k. Soldaten aus Böhmen und Mähren waren zu beklagen, wogegen die Legionäre nur 5400 Todesopfer zu verzeichnen hatten. Dabei ist es nicht möglich, nur über die tschechischen Soldaten

zu sprechen. Das 35. Infanterieregiment war zu sechzig Prozent mit tschechisch sprechenden Bürgern und mit vierzig Prozent deutsch sprechenden Bürgern Westböhmens zusammengesetzt. Die gefallenen Soldaten im Sterberegister lassen sich nicht nationalistisch separieren. Sie haben gemeinsam gekämpft, sie sind gemeinsam gefallen. Ein in Pilsen ausgearbeitetes Projekt für die Rehabilitation von allen gefallenen Soldaten des k.k. 35. IR besteht aus mehreren Teilschritten, wobei die ersten beiden schon stattfanden. Auch in anderen Ländern, zum Beispiel in Slowenien, Kroatien, sind ähnliche Aktionen im Gange.

1. Eine vierzigseitige Broschüre über die westböhmisches Soldaten des k.k. 35. Infanterieregiments an der Isonzofront ist in Vorbereitung (mit Sterberegister).

2. Für das Jahr 2005 ist eine Ausstellung „Westböhmisches Soldaten im Ersten Weltkrieg an der südwestlichen Front“ in Pilsen in Planung. Falls Interesse bestehen sollte, könnte sie als Wanderausstellung in anderen Städten von Westböhmen (oder auch im Ausland) gezeigt werden.

3. Eine Pilgerfahrt zur St.-Maria-Kirche (Mergore / Slowenien) von böhmischen Verwandten der gefallenen Soldaten des k.k. 35. IRs im Ersten Weltkrieg, anlässlich des Ausbruchs der Kämpfe an der italienischen Front im Mai 1915. Die Fahrt ist für Mai 2005 vorgesehen.

Siegfried Dolleisch

Einladung zum KLOSTERNEUBURGER WEINLESE- UND ERNTEDANKFEST, sowie 50 Jahre wieder als eigenständige Stadt am Sonntag, 19. September 2004

PROGRAMM:

9.30 Uhr: **Segnung der Erntekrone** in der Stiftskirche. – 14.00 Uhr: **Trachten-Festzug** durch die Stadt.

Am Hauptplatz wird es bei verschiedenen Verkaufsständen Kostproben von Produkten der Region geben.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich präsentiert sich mit einem Verkaufsstand. Angeboten werden Produkte aus dem Sudetenland, u. a. Gablonzer Schmuck, Karlsbader Oblaten, Mehlspeisen aus dem Egerland, Böhmerwald und aus Südmähren.

Ein südmährischer Weinbauer, Fa. J. Hans, lädt zu Kostproben ein.

Betriebe mit sudetendeutscher Abstammung – Ing. Zamecnik – Tischlerei, oder Ch. Lochmann – Schlosserei, können kontaktiert werden. – Die Firma E. Frey wird Znaimer Gurken anbieten.

Die Patenstadt der Sudetendeutschen, Klosterneuburg, lädt alle Landsleute zu dieser Veranstaltung ein.

Schon 14. BSE-Fall in Tschechien

Kontrolluntersuchungen haben den vierzehnten Fall der BSE-Erkrankung in Tschechien bestätigt. Die kranke Kuh gehörte einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in Südböhmen. Im Rahmen der Präventionsmaßnahmen mußten 92 Kühe geschlachtet werden, sagte vorige Woche ein Sprecher der tschechischen Veterinärbehörde.

Ex-KP-Polizist tritt zurück

Der Prager Kommunalpolitiker Jan Slezak von der Sozialdemokratischen Partei verzichtet auf seinen Posten im Stadtrat. Er gab seinen geplanten Rücktritt Ende September nach einer Sitzung der Leitung der Prager Sozialdemokraten und Stadtvertreter bekannt. Slezak hatte vor 1989 eine Bereitschaftskompanie der kommunistischen Polizei befehligt.

Wir suchen eine Zeitung

Für unsere Dokumentation suchen wir eine gut erhaltene Ausgabe der „Sudetenspost“:

Folge 1 vom 24. September 1955.

Sollten Sie fündig werden, erwarten wir gerne Ihren Anruf (Linz, 0732 / 70 05 92).

Die Redaktion dankt für die Mitarbeit!

Tschechien überlegt gemeinsame Militär-Einheit mit Deutschland

Tschechien will eine gemeinsame militärische Einheit mit Deutschland schaffen. Diese Idee hat der tschechische Außenminister Cyril Svoboda auf der zur Zeit laufenden Jahreskonferenz der tschechischen Botschafter in Prag präsentiert. Nach Angaben der Tageszeitung „Mlada fronta dnes“ (Dienstag-Ausgabe) erklärte dazu Svoboda weiters, er würde es „als Höhepunkt des gegenseitigen Vertrauens und Respekts“ zwischen den beiden Ländern betrachten.

Aus dem Außenministerium verlautete dazu weiters, es könnte sich um den Beitrag Tschechiens zu den mobilen Kampftruppen handeln, deren Bildung die EU im Rahmen der gemeinsamen Verteidigungspolitik bis 2007 erwägt. Eine derartige Einheit sollte 1500 Angehörige haben.

Ein nicht genannter Diplomat sagte dazu, man habe geprüft, mit welchem Land man sich in dieser Sache verbinden könnte. Man sei zu dem Schluß gekommen, daß Deutschland ein idealer Partner wäre. „Es wäre gut, eine in die Zukunft orientierte Agenda in den gegenseitigen Beziehungen zu haben. Auch das gemeinsame

Training wäre auf Grund der geographischen Nähe einfacher“, so der Diplomat. Außenminister Svoboda räumte gleichzeitig ein, daß dies bisher nur eine von der Führung des Außenministeriums formulierte Idee sei. Diese sei bisher weder in der tschechischen Regierung noch mit der deutschen Seite diskutiert worden.

„Mlada fronta dnes“ schrieb zu der Idee der gemeinsamen tschechisch-deutschen Einheit in einem Kommentar, jener Teil der tschechischen Öffentlichkeit, der an den Beneš-Dekreten festhalte, könnte dies als eine Gefahr verstehen. „In der Wirklichkeit ist es völlig normal. Wenn sich niemand über das gute Funktionieren der tschechisch-deutschen Unternehmen wie Skoda-Auto oder diese Zeitung („Mlada fronta dnes“ gehört der Rheinisch-Bergischen Verlagsgesellschaft Düsseldorf, Anm.) wundert, warum könnte nicht auch eine militärische Einheit gut funktionieren?“, schrieb das Blatt.

Eine tschechisch-deutsche Einheit kann laut der Zeitung „nur jene stören, die nicht verzeihen können oder wollen, oder jene, die nicht an die Zukunft und Werte der westlichen Zivilisation glauben“.

Sudetendeutsche!

Eigentum ist Menschenrecht! Fordert Euer rechtmäßiges Eigentum ein.

Sudetendeutsche Initiative

Gerhardshainer Str. 22 • D-61462 Königstein, Tel. / Fax: 0049 (0) 61 74 / 21 0 99

Wir helfen Euch!

Bezahlte Anzeige

Zeman muß sich entschuldigen

Der langjährige tschechische Ministerpräsident Milos Zeman (59) mußte sich kürzlich in Zeitungsinseraten für die Beleidigung des Graphikers Jiri Novotny entschuldigen. Er hatte ihn als „Schmarotzer“ beschimpft, da dieser rund 25.000 Euro für die Gestaltung eines Partei-Logos verlangte. Zeman wurde wegen übler Nachrede verklagt. Als Regierungschef war Zeman auch international wegen eines rüden Umgangs kritisiert worden. Bei uns sorgte seine Aussage für Empörung, Sudetendeutsche seien „Hitlers Fünfte Kolonne“.

VORSICHT! Die EU ist mit dem Beneš-Virus verseucht!

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Sudetendeutscher Heimmattag 2004

WIEN UND KLOSTERNEUBURG – 25. bis 26. SEPTEMBER

„VERTREIBUNG VERJÄHRT NICHT“

Eingeladen sind alle sudetendeutschen Landsleute und deren Freunde.

Samstag, 25. September: WIEN

- 9.00 bis 13.00 Uhr: **Böhmerwaldmuseum – Erzgebirger Heimatstube**, 1030 Wien, Ungargasse 3, Parterre.
- 11.00 bis 17.00 Uhr: **TAG DER OFFENEN TÜR**. Informationen über die Aufgaben der SLÖ.
- 11.00 bis 17.00 Uhr: **FLOHMARKT** des Frauen-Arbeitskreises.
- 14.00 Uhr: Diskussion nach dem Beitritt Tschechiens in die EU. Das Thema lautet: **TSSCHECHIEN IN DER EU – WAS NUN?** Als Referenten am Podium: Gerhard Pieschl, Weihbischof von Limburg, Barbara Rosenkranz, NAbg. und Landesobfrau der FPÖ von NÖ., Alfred Payleitner, Redakteur beim „Kurier“ (angefragt), Dr. Walter Heginger, Vorsitzender der Bundesversammlung der SLÖ. Moderation: Gerhard Zeihsel, LAbg. a. D. u. Bundesobmann der SLÖ. Wir laden zu dieser Diskussion herzlichst ein.

„HAUS DER HEIMAT“, 1030 Wien, Steingasse 25, Hoftrakt / 2. OG.

Sonntag, 26. September: KLOSTERNEUBURG

- 10.00 bis 13.00 Uhr: **MÄHRISCH-SCHLESISCHES HEIMATMUSEUM**, Rostockvilla. Sonderausstellung „Zerbrechliche Kostbarkeiten“ Glas und Porzellan aus Böhmen, Mähren und Schlesien.
- 12.00 Uhr: Eröffnung der **AUSSTELLUNG** im Foyer der Babenbergerhalle: „Auch Sie schufen die Republik“. Sudetendeutsche Abgeordnete in der provisorischen Nationalversammlung von 1919. Bücher und Dokumentationen über Sudetendeutsche und andere altösterreichische Volksgruppen (Buchhandlung Hasbach).
- 12.00 bis 18.00 Uhr: **KLÖPPELAUSSTELLUNG** des Frauenarbeitskreises im Foyer der Babenbergerhalle.
- 12.00 Uhr: **PLATZKONZERT** der Blasmusikkapelle Klosterneuburg am Hauptplatz.
- 13.00 Uhr: **FEIERLICHES HOCHAMT** in der **STIFTSKIRCHE** mit Weihbischof **Gerhard PIESCHL** (Limburg) und weiteren Heimatpriestern. Musikalische Begleitung der Schubert-Messe durch die Stadtkapelle Klosterneuburg.
- 14.00 Uhr: **FEST- und TRACHTENZUG** vom Rathausplatz zur **TOTEN-GEDENKFEIER** am Sudetendeutschen Platz.
- 15.00 Uhr: **KUNDGEBUNG** in der Babenbergerhalle.

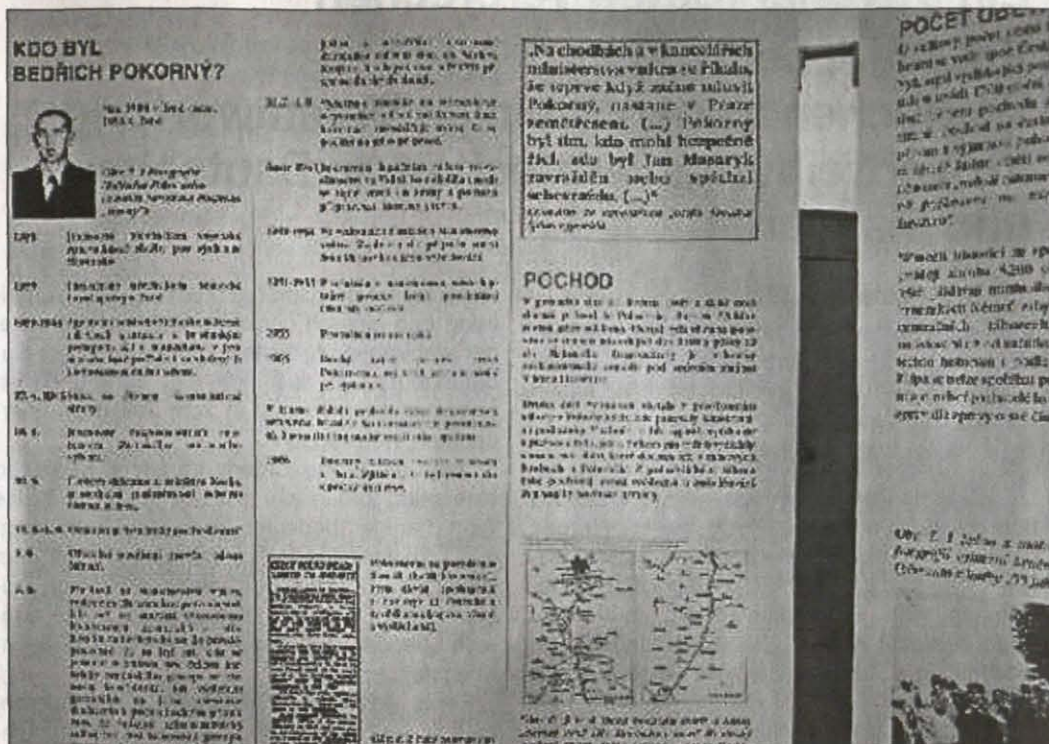
Die Festrede hält der 1. Präsident des österreichischen Nationalrates
Dr. Andreas KHOL.

Grußworte

des Bürgermeisters von Klosterneuburg, Dr. Gottfried Schuh
und Vertretern der politischen Parteien.

Pendelverkehr von 11.00 – 12.30 Uhr vom Bahnhof zur Babenbergerhalle, gratis.

Ausstellung zum Brünner Todesmarsch



„Pochod smrti“ – Todesmarsch – lautet der Titel einer von jungen Tschechen in Brunn gestalteten Ausstellung über den Brünner Todesmarsch. Es ist eine lobenswerte, mutige Tat der MIP mit Herrn Liska, sich mit dem Brünner Todesmarsch zu beschäftigen.

Dank der Gastfreundschaft der Roma-Minderheit in Brunn konnte diese Ausstellung im „Muzeum Romské kultury“ gezeigt werden. Es wirft aber die Frage auf, durfte diese Ausstellung in keiner städtischen Institution gezeigt werden? Man erinnert sich, daß die Redaktion der „Prager Volkszeitung“ ebenfalls bei den Prager Roms in „Untermiete“ untergebracht wurde. Haben nur die Roma in der CR Verständnis für die Sudetendeutschen?

Zu dieser Ausstellung gibt es leider keine deutsche Übersetzung, nicht einmal einen

Begleittext. Hier könnte eine der beiden deutschen Brünner Gruppen bei der Übersetzung mithelfen!

Die Hoffnung, hier neue Bilder, die in tschechischen Archiven sicher vorhanden sind, zu sehen, wird leider enttäuscht.

Nächstes Jahr werden es sechzig Jahre, daß dieses noch immer ungesühnte Verbrechen an den deutschen Brünnern stattgefunden hat. Werden diesmal die Abgeordneten und Funktionäre der Stadt Brno / Brunn dies zum Anlaß nehmen und sich bereitfinden, sich offiziell und öffentlich für das Verbrechen zu entschuldigen und an den wenigen noch Überlebenden eine Geste des Bedauerns und der Verurteilung zeigen? Zum Beispiel sie vielleicht in ihre alte Heimatstadt einladen und sich bei den Opfern von 1945 persönlich entschuldigen? H.M.

2. Mediengespräch für Journalisten aus Österreich und Tschechien

Die Rolle der tschechisch-sprachigen Minderheitenmedien in Österreich und jene der deutschsprachigen in Tschechien war eines der Themen am 25. und 26. August 2004 in Raabs und Groß-Siegharts, NÖ. Den Schwerpunkt bildeten die überregionalen Medien.

„Österreich und Tschechien nach der Erweiterung“ war das Thema eines Kamingesprächs in der Burg Raabs – Moderation Niklas Perzi.

Veranstalter waren die NÖ. regionale Wirtschaftsagentur Eco Plus und die Waldviertel-Akademie, unterstützt von der Botschaft der CR in Österreich und vom Int. Interkommunalen Zentrum (IIZ) in Groß-Siegharts.

Die Journalisten aus der CR waren durch Lothar Martin vom Radio Prag / Deutsche Sendungen und Lukas Novotny von der Landeszeitung / Organ der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien vertreten. Hochrangige Journalisten wie Hans-Jörg Schmidt (Die Welt, Die Presse), Karl-Peter Schwarz (FAZ), Robert Schuster (Der Standard), Monika Wittmann (ORF-Minderheitenredaktion), Michael Frank (Süddeutsche Zeitung), Erwin Thurnher (Falter), Zbynek Petracek (Respekt, CZ), Klaus Stimmeder (Datum, A) und Doris Kreindl (Europ. Journalisten-Akademie) nahmen neben Horst Mück von der SLÖ an der Tagung teil.

„Ziel der Veranstaltung ist das Kennenlernen und der Aufbau von Netzwerken unter öster-

reichischen und tschechischen Journalisten zu fördern. Auf diese Weise hoffen wir die grenzüberschreitende Berichterstattung zu fördern“ – sagte Ilan Knapp (Geschäftsführer ecoplus) bei der Begrüßung.

„Durch regelmäßige Berichterstattung über das Nachbarland wird das Interesse für das Nachbarland gefördert“, so Niklas Perzi von der Waldviertel Akademie.

Die Moderation des Mediengesprächs leitete Daniel Lohninger (NÖN).

Weitere Teilnehmer: Jiri Cistecky (Botschaftsrat der CR in Wien), Martin Hohn (1. Botschaftssekretär der Ö. Botschaft in Prag), Karl Doulík (Leiter der Vertretung der Europ. Kommission, A.), Richard Pils (Verlag Bibliothek der Provinz, A.), Harald Salfellner (Verlag Vitalis, Prag).

Unsere Aufgabe ist, bei derartigen Tagungen darauf zu achten, daß der sudetendeutsche Anteil an dem Land nicht in Vergessenheit gerät.

Berichtigung

In der Folge 17 der „Sudetenpost“, auf Seite 3, im Artikel „Die Sache Schröder – Steinbach“ ist uns ein Tippfehler unterlaufen. Bei III. **Schlußfolgerungen**, Punkt 2, mußte der Satz lauten: Dazu haben wir so viele Dokumente, daß wir die **konstitutive** (nicht konstruktive) Absicht, die für einen Genozid entscheidend ist, beweisen können. Wir ersuchen um Nachsicht.



Der Völkermord an den Sudetendeutschen (Teil 20)

Ein unverjährbares Verbrechen

Potsdam beweist:

Tschechen tragen alleinige Verantwortung für Vertreibungsverbrechen an Deutschen und Magyaren!

Ein lateinisches Wahrwort besagt:

„Irren ist menschlich. Jedoch im Irrtum zu verharren ist!“ Die Satzaussage wird unterdrückt, um niemanden, der sich betroffen fühlen könnte, zu beleidigen.

Tschechische Beharrlichkeit

Das Massaker von Aussig lag nun zurück und die daraus für die Potsdamer Konferenz bestimmten Schlüsse dieses Verbrechens waren „herbei“-gezogen. Es mußte etwas geschehen: Die Entgermanisierung mußte zu Ende gebracht werden. Selbstverständlich uneigennützig. „Zum Wohle des europäischen Friedens!“

Der Ausweisungsbeschluß der Regierung bezüglich der Deutschen vom 15. Juli 1945 wurde im Grenzgebiet fleißig befolgt. Die Vertreibung sollte sogar beschleunigt werden.

Der Generalstabschef im Ministerium für Nationale Verteidigung hatte am 24./25. Juli 1945 den Befehlshaber der Ersten Ukrainischen Front, Marschall Konjew, besucht, bei dem er ein erhöhtes Aussiedlungstempo der Deutschen in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands forderte.

Denn die CSR-Regierung „möchte keine überflüssige Zeit verlieren und ist gewillt, die Großmächte vor eine fertige Angelegenheit zu stellen“, soweit die Ausführungen des Herrn Ministers, die in einem Geheimpapier des Militärhistorischen Institutes der CSR dokumentiert sind. Dies ist gelungen und diese immer bewährte tschechische Taktik wurde auch nach „Potsdam“ beharrlich fortgesetzt.

Das Potsdamer Protokoll

Eines der schändlichst mißbrauchten Dokumente der Nachkriegszeit

Wörtlicher Text und Interpretationen

Immer wieder wird von tschechischer Seite versucht, aus dem Text des Artikels XII des Potsdamer Protokolls eine Genehmigung oder gar einen Zwang zur Vertreibung der Deutschen seitens der drei Signatarmächte herauszulesen. Nicht ohne Bedeutung dabei sind Formulierungen, die in der deutschen Übersetzung des Textes – herausgeben im Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland – verwendet werden, die jedoch weder im englischen Originaltext noch in der tschechischen Übersetzung im gleichen Sinn zu finden sind. Derin im deutschen Text steht kurz und eventuell mißverständlich zu lesen, „... daß die Überführung ... nach Deutschland durchgeführt werden muß.“

Dieses „Muß“ ist **kein absoluter Auftrag**, sondern lediglich eine zwingend erscheinende Konsequenz, um die Deutschen und Magyaren den Mordorgien und übrigen Bestialitäten der bisherigen wilden Vertreibung zu entziehen.

Dies geht unzweideutig aus vielen Erklärungen, zum Beispiel aus dem in dieser Folge später angeführten Bericht des 81. US-Kongresses vom 24. März 1950, hervor.

Der wörtliche tschechische Text des Potsdamer Protokolls Pkt. XII. lautet: (Auszug) „Die drei Regierungen erkennen an ..., **daß es nötig sein wird, die deutsche Bevölkerung ... nach Deutschland zu überführen** ... und daß „jede derartige Überführung in ordnungsgemäßer und humaner Weise durchgeführt“ werden müsse.

Die tschechische Regierung wird ersucht, „**inzwischen weitere Ausweisungen** der deutschen Bevölkerung einzustellen.“

Daß diese Textübersetzung im August 1945 der tschechischen Regierung zur Verfügung stand, geht aus dem Protokoll der Regierungssitzung vom 3. August 1945 hervor.

Jedoch nicht nur die **Unterstellung** eines **Vertreibungszwanges im Text des Protokolls** ist schändlich, sondern auch die Deutung des Wortes „**transfer**“ als **Rechtfertigung für genozidale Verbrechen** an den Sudetendeutschen: Der unmenschlichen Entrechtung, der Internierung in Konzentrations- oder Arbeitslagern, der totalen Beraubung des Privateigentums, der Vergewaltigung von Frauen, der bestialischen Mißhandlungen physischer und psy-

chischer Art der Opfer im Rahmen der Vertreibung und letztlich der qualvollen Fußmärsche, der viehtransportgleichen Verfrachtung der Sudetendeutschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat in zum Teil nicht überdachten Viehwaggons.

Denn die Worte „orderly transfers“ bedeuten einerseits „ordentlich, sittsam“ usw. und das Wort „transfer“ bedeutet „Verlegen, Überführen“ u. ä., keinesfalls jedoch „Abschieben“, mit dem Hauptwort „Abschiebung“, das tschechisch „odsun“ heißt. Denn das Wort „odsun“ hieß englisch „deport“ (für lästige Ausländer) oder im Kriegsfall „evacuation“.

Es ist demnach schändlich, zu behaupten, daß die auch nach dem 2. August 1945 tatsächliche genozide Vertreibung der Sudetendeutschen in der Potsdamer Erklärung eine Rechtfertigung fände.

Ein „orderly transfer“ fand nie statt!

Tschechische Ernüchterung Vertreibung der Ungarn aus der CSR nicht erwähnt

„Abschub der Deutschen nicht fortsetzen“

„Billigung“ des Abschubplanes muß erst „erzungen werden!“

Außenminister Jan Masaryks Bericht zur Potsdamer Erklärung

Auf der 43. Plenarsitzung der Tschechoslowakischen Regierung am 3. August 1945 erstattet Außenminister Jan Masaryk einen Bericht über die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz und schlägt eine 8-Punkte-Antwortnote vor.

„Durch entsprechende Noten vom 2. August 1945 wurde uns durch die hiesigen Botschaften der an der Potsdamer Konferenz vertretenen Großmächte der Beschluß über die Frage der Ausweisung der Deutschen aus der CSR übermittelt.“

Die Konferenz hat in ihrem Beschluß zuvorderst grundsätzlich anerkannt, daß der Abschub der deutschen Bevölkerung aus der CSR, aus Polen und Ungarn nach Deutschland durchgeführt werden muß.“ (Anm.: das Wort „muß“ wird jedoch gleich korrigiert!) „Er solle auf geordnete Weise und menschlich durchgeführt werden. Der Beschluß **formuliert wörtlich**, daß der Abschub „der deutschen Bevölkerung, welche in Polen, der CSR und Ungarn übriggeblieben sei oder ihrer Bestandteile“ („transfer of German populations ... or elements thereof“) **notwendigerweise durchzuführen sei**.“ ...

Der Potsdamer Beschluß bestimmt weiterhin, daß die alliierten Behörden in Deutschland zuerst die Gesamtproblematik des Abschubs der Deutschen ... **überprüfen** müssen. Die in Potsdam vertretenen Regierungen erteilen ihren Vertretern im Kontrollrat in Berlin entsprechende Weisungen zur Ausarbeitung eines Plans, nach dem der Abschub durchgeführt werden soll.

Dieser Beschluß birgt **in sich die Gefahr einer Verzögerung. Um dieser zuvorzukommen**, legen wir den Großmächten einen Rahmenplan zum Abschub der Deutschen und Magyaren vor, der auf unserem innerstaatlichen Standpunkt basiert.

Schließlich legt der Potsdamer Beschluß fest, daß **bis zu den durch die Regierungen der alliierten Großmächte gebilligten Abschubpläne der Abschub der Deutschen nicht fortgesetzt werden solle**. Diese Bestimmung stellt für uns eine Belastung dar. Es droht eine Steigerung der Spannungen im Grenzgebiet, sollte es nicht möglich sein, daß wir uns der unzuverlässigen und unruhigen Elemente mittels eines **schnellen Abschubs** über die Grenze definitiv entledigen. Daher wird es unser Bestreben sein, durch entsprechende Hinweise auf terroristische Umtriebe der Deutschen (Feuer in Aussig an der Elbe, Umtriebe von Werwölfen usw.) die schnellstmögliche Erarbeitung eines Abschubplans und **dessen Billigung durch die Großmächte zu erzwingen**.“

Die Antwortnote der tschechischen Regierung an Rußland, Amerika und England

Jan Masaryk berichtet weiter:

„Unter diesen Umständen schlage ich vor, den Großmächten eine Antwortnote zukommen zu lassen, welche an die Sowjetische, die Amerikanische und an die Britische Botschaft gerichtet sein soll und folgende Punkte enthalten sollte:

1. Wir begrüßen es, daß die Großmächte die Notwendigkeit des Abschubs der Deutschen aus der CSR gebilligt und im **Grundsatz angenommen** haben;

2. wir setzen hierbei **voraus**, daß sie bei grundsätzlicher Billigung des Abschubs bei den Deutschen auch den **Grundsatz des Bevölkerungsaustausches bei unseren Madjaren billigen**, denn für diese sprechen die gleichen Gründe wie für die Deutschen;

3. wir begrüßen es, daß bereits ein bestimmtes interalliiertes Organ mit der Erarbeitung eines Regulativs für den Abschub der Deutschen aus der CSR betraut wurde;

4. wir setzen voraus, daß bei Austausch der Madjaren ähnlich vorgegangen wird, und daß zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein alliiertes Organ bestimmt wird, welches den Plan dieses Austausches vorbereiten wird;

5. **der Abschub der Deutschen bzw. der Austausch der Madjaren** wird unsererseits mit entsprechender **Ordnung und Menschlichkeit** durchgeführt; wir haben unseren Plan bereits dahingehend ausgearbeitet, den wir übersenden;

6. die Gründe für eine beschleunigte Lösung der Angelegenheit sind dringlich; eine unzureichende Lösung hat bereits die desperate Tätigkeit der Deutschen zur Folge; diese äußert sich in Attentaten, Feuersbrünsten und in Werwolfstätigkeiten;

8. **manche Dinge können nicht mehr zum Stillstand** gebracht werden, und sollte ggf. die Verzögerung von langer Dauer sein, so kann die Regierung der Tschechoslowakischen **Regierung dafür keinerlei Verantwortung übernehmen**.“

Diese Note ist ein Musterbeispiel probater tschechischer politischer Verhandlungsführung. Man düpiert seine Partner, indem man „das voraussetzt“, was mit Sicherheit bewußt nicht ausgedrückt werden sollte: die Billigung des „Bevölkerungsaustausches“ als verkappte Vertreibung von zirka 300.000 Ungarn aus der Slowakei.

Man lügt unverfroren, indem man auch hier „Ordnung und Menschlichkeit“ verspricht, obwohl die halbe Welt zu dieser Zeit bereits über Schreckensnachrichten der Vertreibung entsetzt aufhorcht.

Die pauschalen Beschuldigungen gegen die Deutschen bezüglich der Terror-Taten und -Organisationen wurden trotz Mangels an Beweismaterial als „Begründung“ herangezogen. Das gleiche gilt für den Mangel an Beweisen auf eine „Werwolfstätigkeit“.

Man drängt zur Eile wie ein unseriöser Verkäufer, der die Mängel seiner Ware kennt.

Und man setzt Druck und droht mit der Übertragung einer Verantwortung auf den Partner. Als letztes Mittel zum ... Erfolg.

Ergebnisse der Potsdamer Konferenz

Die „Ergebnisse“ der Potsdamer Konferenz im Hinblick auf die tschechischen Begehrlichkeiten einer sofortigen Totalvertreibung aller Sudetendeutschen und Magyaren aus dem gemeinsamen Staatsgebiet der CSR waren für die Tschechen zum Teil ernüchternd, zum Teil schmachvoll.

Die Schmach

Hatte man sich doch nach all den Bemühungen – zum Beispiel dem Todesmarsch von Brünn und dem Massaker von Aussig – erwartet, daß die Siegermächte eine „Säuberung“ der von den Tschechen seit Jahrzehnten heiß begehrten Siedlungsgebiete der Sudetendeutschen von eben diesen voll und bedingungslos fordern würden, um die Tschechen in Zukunft vor der deutschen Gefahr zu schützen, so war dies vollkommen umgekehrt!

Die Schmach für die Tschechen bestand darin – und dies wird im weiteren Text dokumentiert –, daß die Amerikaner die Deutschen vor den bisherigen Vertreibungsverbrechen der Tschechen und einer drohenden Vernichtung in Verbindung mit Rußland und in Rußland schützen wollten! Schmachvoll für die Tschechen ist es auch, sich von den Siegermächten ersuchen zu lassen, den Abschub, in der bisherigen Vertreibungspraxis

einzustellen, Beschlüsse des Kontrollrates abzuwarten und dann „Überführungen“ **nicht wie bisher, sondern menschlich**, „human“, durchzuführen.

Die Ernüchterung

Stark ernüchternd wirkte auf die Tschechen, daß im Potsdamer Protokoll keine Erwähnung von einem „Transfer“ der Magyaren zu finden war. Auch nicht in den beiden Noten Englands und Amerikas an die tschechische Regierung über die Potsdamer Erklärungen.

Unbekümmert teilt der CSR-Außenminister Jan Masaryk in seinen Antwortnoten an beide Regierungen mit, **daß die tschechische Regierung voraussetzt**, daß die Großmächte „bei grundsätzlicher Billigung des Abschubs bei den Deutschen auch den Grundsatz des Bevölkerungsaustausches bei unseren Madjaren billigen, **denn für diese sprechen die gleichen Gründe (!?) wie für die Deutschen**“. Punktum!

Für uns Sudetendeutsche stellt sich dann die Frage: Wozu benötigen die Tschechen dann Pseudoargumente wie „**Abtretung des Sudetenlandes**“ oder „**Lidice**“ für unsere Austreibung, wenn es einfacher auch geht?

Hier werden die wahren Gründe für die Vertreibung aufgezeigt, die „gleichen Gründe wie für die Deutschen: Eine Minderheit, die sich nicht „slawisieren“ läßt. Im slawischen Nationalstaat ist für Minderheiten kein Platz, diese Feinde werden „weggesäubert“.

Volles Verständnis für diese Denk- und Handlungsweise haben heute noch die Täter von einst, deren Nachkommen, die Nutznießer und ein Heer „nützlicher Idioten“ aller „Gesellschaftsschichten“.

Die Bewertungen des Potsdamer Protokolls

○ Im allgemeinen:

Der Publikation des SD-Rates „Dokumente zur Vertreibung der Sudetendeutschen“ entnehmen wir folgende Texte:

Man muß auf dem Hintergrund der vollendeten Tatsachen umfassender Vertreibungen und der sowjetischen Weigerung, etwas dagegen zu unternehmen, die Befürwortung des Artikel XIII durch die Vereinigten Staaten sehen. Unter der Annahme, daß nichts getan werden könne, um die Vertreibungen völlig einzustellen, bemühten sich die Vereinigten Staaten, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Lage zu verbessern. Man befürwortete den Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, weil es das Beste war, was damals geschehen konnte, um weitere Unmenschlichkeiten und Unordnung bei den „transfers“ zu verhindern. Als der Artikel XIII am 31. Juli 1945 auf der Potsdamer Konferenz beraten wurde, sprach sich Stalin mit der Begründung dagegen aus, **daß er nutzlos wäre – die polnische und tschechische Regierung würden mit den Deutschenvertreibungen fortfahren, gleichgültig, was das Potsdamer Abkommen sagen würde**. Die Vereinigten Staaten hingegen drängten weiter auf Annahme des Artikels XIII. Außenminister Byrnes sagte, daß der Artikel XIII das deutsche Vertreibungsproblem nicht völlig lösen könne, daß er aber wenigstens die damals im Gang befindliche Totalaustreibung der Deutschen verlangsamen würde. Stalin stimmte dann widerwillig zu, den Artikel XIII in das Potsdamer Abkommen aufzunehmen.

○ In den USA:

Präsident Harry S. Truman

Brief an Außenminister Byrnes vom 15. 1. 1946.

„In Potsdam wurden wir vor eine vollendete Tatsache gestellt und **durch die Umstände gezwungen** ... zuzustimmen. Es war ein willkürlicher Gewaltakt.“

(Harry S. Truman: Memoirs. New York 1955, Bd. I, S. 492)

Außenminister James F. Byrnes

„Wir sahen ein, daß gewisse Aussiedlungen unvermeidlich waren, **aber wir beabsichtigen in Potsdam nicht, zu Aussiedlungen anzuregen** oder in Fällen, wo andere Regelungen praktikabel waren, Verpflichtungen einzugehen.“

(Foreign Relations of the United States 1945. Washington 1967, Bd. II, S. 1294)

Geoffrey Harrison, amerikanisches Mitglied eines Unterausschusses der Potsdamer Konferenz, der den Text eines Umsiedlungsartikels formulieren sollte.

Brief an den Leiter der Deutschlandabteilung des britischen Foreign Office vom 1. 8. 1945

„**Wir erklärten, daß wir für den Gedanken**

an Massenausweisungen ohnehin nichts übrig hätten. Da wir sie aber nicht verhindern könnten, möchten wir dafür sorgen, daß sie in einer möglichst geordneten und humanen Weise durchgeführt würden, aber auch auf eine Art, die den Besatzungsmächten in Deutschland keine untragbare Belastung auferlegt.“

(Public Record Office, London FO 371/46 811 Dok. Nr. C 4415)

Der Kongreß

Im Jahre 1949 setzte der 81. Kongreß der Vereinigten Staaten einen besonderen Ausschuß ein, um die Frage der „Expellees and Refugees of German ethnic origin“ zu untersuchen. Der Bericht, der am 24. März 1950 vorgelegt wurde und nach dem Ausschußvorsitzenden, Francis E. Walter, Walter-Report genannt wird, nimmt zur amerikanischen Verantwortlichkeit für Artikel XIII der Potsdamer Erklärung wie folgt Stellung:

„Durch sorgfältige Nachprüfung verfügbarer Protokolle hat dieser Sonderausschuß sich vergewissert, daß die Delegation der USA in Potsdam den oben erwähnten Artikel 13 betreffend deutsche Vertriebene nicht unterstützte, um Massenausweisungen zu fördern. Die USA-Delegation unter Führung des Präsidenten der USA stimmte dem Wortlaut des Artikels 13 nur deshalb zu, um

1. die unvermeidliche Vertreibung der noch in Osteuropa verbliebenen Deutschen in geordneter und humaner Weise verlaufen zu lassen;

2. um das besetzte Deutschland denen zu öffnen, die mit Deportationen nach den fernen subarktischen Gebieten Sowjetrußlands bedroht waren, was ihrer Vernichtung gleichgekommen wäre.“

(81. [US]-Kongreß, 2. Sitzungsperiode: „Vertriebene und Flüchtlinge volksdeutschen Ursprungs“, Bericht [Nr. 1841] eines Sonderausschusses des Rechausschusses des Abgeordnetenhauses in Ausführung von H. Res. 238. Washington, 24. 3. 1950)

Diese Ausschußaussage wurde überdies im Jahre 1952 vom stv. US-Außenminister Jack Mc Fall wörtlich bestätigt.

Pressestimmen aus England

11. 8. 45: Der britische „Economist“ prüfte in einem Leitartikel „Die deutsche Vereinbarung“ Die Potsdamer Erklärung und meinte unter Erwähnung noch zu befriedigender tschechischer Gebietsansprüche an Deutschland zusammenfassend: „Am Ende eines machtvollen Krieges, der geführt wurde, um den Hitlerismus zu besiegen, machen die Alliierten einen Hitlerischen Frieden. Dies ist die tatsächliche Bezeichnung ihres Versagens.“

11. 8. 45: Im britischen „New Statesman and Nation“ berichtete „ein Korrespondent, der kürzlich in der Tschechoslowakei“ war, unter der Überschrift „Tschechen und Deutsche“ vorrangig aus Marienbad über die Vertreibung der ansässigen Sudetendeutschen u. a.: „Die Mehrheit der Menschen auf den Straßen tragen ein weißes oder gelbes Armband, was bedeutet, daß sie Deutsche sind und irgendwann der Ausweisung unterliegen werden ... Die tschechische Begründung ist, in Kürze, daß der Deutsche in der Tschechoslowakei sich weigerte, assimiliert zu werden ...

(Anmerkung: siehe Ungarnbericht)

14. 9. 45.: Die Londoner Tageszeitung „News Chronicle“ meldete, eine Delegation von 21 Bischöfen aller britischen Kirchen unter Führung des Erzbischofs von York habe beim britischen Premierminister vorgesprochen. Sie habe hingewiesen „auf die bejammernswerte Lage deutscher Flüchtlinge, die aus Polen, an Polen abgetretenen Gebieten und aus dem Sudetenland ausgewiesen wurden.“ Premierminister Attlee, der in Gegenwart des Staatsministers Noel-Baker die Abordnung empfing, erklärte ihr, daß für „das besondere Problem der deutschen Flüchtlinge aus Osteuropa die (britische) Regierung in keiner Weise verantwortlich sei. Auf der Berliner Konferenz seien bereits Schritte unternommen worden, weitere Austreibungen vorläufig einzustellen, während diese Angelegenheit von der Kontrollkommission in Deutschland und von den betreffenden Regierungen geprüft würde. Die britische Regierung hoffe, daß auf Grund des Berliner Beschlusses vorläufig keine weiteren Austreibungen erfolgen würden.“

15. 9. 45.: Der britische „Economist“ meinte unter dem Titel „Massenvertreibungen in Osteuropa“ u. a.: Obwohl die Potsdamer „Erklärungen“ das Einstellen von ungeordneten und unmenschlichen Massenvertreibungen der Deutschen verlangen, geht die gewaltsame Abschiebung aus den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Teilen von Brandenburg

– die 1939 eine Bevölkerung von gut neun Millionen hatten – weiter. Auch die Vertreibung der dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei wird fortgesetzt ... Die Zahl der Alten und Kinder, die am Straßenrand sterben, muß sehr groß sein ... Der Rat der Außenminister muß dieser erschütternden Tragödie ein Ende machen. ...

Selbstverständlich haben die Deutschen Strafe verdient, aber keine Folterung dieser Art. Wenn die Polen und Tschechen für zivilisierter als die Nazis gelten möchten, werden sie die Vertreibung sofort unterlassen.“

2. 10. 45.: Die US-Tageszeitung „Washington Post“ meldete: Die „Tschechen führen die Massenteignung und Massendeportation von 3,5 Millionen Sudeten(deutschen) durch.“

30. 1. 46.: Im britischen Oberhaus protestierte der Lordbischof von Chichester, Georg Bell, zunächst gegen die Vertreibung an sich: „Um etwas zu den derzeitigen Bevölkerungstransfers Vergleichbares zu finden, muß man in die asiatische Urgeschichte zurückgehen ...“ Dann wies er auf die Mitverantwortung der alliierten Hauptmächte für den von u. a. der CSR mit „Rücksichtslosigkeit und ungesteuertem Rassismus“ eingerichteten Nationalstaat sowie die Bedeutung des Präzedenzcharakters für andere Staaten hin. Schließlich führte er zahlreiche Beispiele, auch aus dem ersten sog. ordentlichen Transport vom 26. 1. 1946 dafür auf, daß die Vertreibungen in der Methode weder ordentlich noch human seien.

In der „New York Times“ informierte Ann O'Hare Mc Cornick aus Deutschland u. a.: „In Potsdam war man auch übereingekommen, daß die erzwungene Auswanderung in „humaner und geregelter Weise“ durchgeführt werden sollte. Aber wie jedermann weiß, der den schrecklichen Anblick der Empfangsstellen in Berlin und München erlebt hat, vollzieht sich der Exodus unter alptraumhaften Zuständen, ohne internationale Beaufsichtigung oder auch nur vorgespielte humane Behandlung. Wir sind mitverantwortlich für Greuel, die nur mit den Grausamkeiten der Nazis zu vergleichen sind.“

Von tschechischer Seite:

K. Lisicky war während des Zweiten Weltkrieges tschechoslowakischer Gesandter in London. Er war von Beneš beauftragt, mit den Alliierten zu verhandeln, um das Transferprinzip in die deutschen Waffenstillstandsbedingungen aufzunehmen. Die nachstehenden Ausführungen machte der Gesandte Lisicky im Frühjahr 1953 vor dem Edvard-Beneš-Institut in London.

... Es wurde daher von unserer Seite bei dem Organ der Großmächte, das mit der Ausarbeitung der Kapitulationsartikel betraut war, offiziell darauf gedrungen, daß die Akzeptierung des Transfers durch die deutsche Regierung und die Verpflichtung zur Durchführung der damit zusammenhängenden Konsequenzen (neben der deutschen Anerkennung der Ungültigkeit Münchens und noch einigen anderen speziell tschechoslowakischen Forderungen) in die vorbereitenden Kapitulationsartikel aufgenommen wird. Die damalige Position war wie folgt: Was auch immer Deutschland von den Großmächten zur Annahme vorgelegt wird, das muß die deutsche Regierung bedingungslos annehmen. Im Mai 1945 unterschrieb Deutschland die Kapitulationsartikel, die ihm vorgelegt wurden; unsere speziellen Forderungen befanden sich nicht darunter.

... Diese (die Westalliierten d. Hg) haben den Transfer sicherlich sanktioniert und uns (genau wie Polen) in unserem Transfer-Eifer unterstützt, ... Das, was in Berlin als kollektiver Standpunkt der drei Regierungen eingetragen wurde, ist keine ausdrückliche Genehmigung des Transfers, sondern nach allseitiger Erwägung der Frage die Feststellung, daß es notwendig sein wird, die verbleibende deutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei, in Polen und Ungarn nach Deutschland auszusiedeln. Es heißt dort nicht, daß die Regierungen der drei Großmächte genehmigten (approve), sondern nur anerkannten (recognize), daß es notwendig sein wird, die Aussiedlung durchzuführen.

Reaktion der Ungarn auf die Potsdamer Erklärung im Punkt Abschiebung der Deutschen

Dem Werk „Dokumente zur Sudetenfrage“ von F. P. Habel (S. 549) entnehmen wir folgenden Text:

„Im Gegensatz zur CSR-Regierung, welche die Deutschenvertreibung bei den Alliierten verlangte und aktiv betrieb, sollte die ungarische Regierung insgesamt nur zögerlich dem Druck

der sowjetischen Besatzungsmacht folgen, Deutschvertreibungen durchzuführen“ ...

„Die ungarische moralische Position wird auch durch Vorgänge charakterisiert, welche auf tschechischer und polnischer Seite keine Parallelen fanden:

Am 8. 1. 1946 protestierte der katholische Bischof von Szekesfehervar (Stuhlweißenburg), Lajos Shvoj, bei der ungarischen und der US-Regierung gegen die gewaltsame Aussiedlung von Deutschen aus seiner Diözese.

In seiner Antwort vom 24. 1. 1946 zeigte sich der US-Delegierte bei der Alliierten Kontrollkommission in Ungarn „überrascht, zu erfahren, daß Sie annehmen, die amerikanischen Behörden seien für die Aussiedlung verantwortlich. Ich beeile mich darauf hinzuweisen, daß unsere einzige Verantwortung in dieser Angelegenheit ist, die humane Durchführung der Aussiedlung und die ordnungsgemäße Aufnahme und Betreuung in der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland sicherzustellen.“

Die Tschechen hatten ja ein großes Interesse daran, daß die Deutschen aus Ungarn vertrieben werden. Denn erstens wurde somit auch Ungarn zu einem weiteren Vertreiberland und zweitens wurde – so hofften sie – durch die Vertreibung der Deutschen genügend Platz in Ungarn, um die aus der CSR vertriebene ungarische Bevölkerung aufzunehmen. Diese Rechnung ging jedoch nicht auf, denn England und Amerika vertraten andere Standpunkte und Ungarn verstand sich zu wehren.

Eigene ungarische Erfahrungen mit den Tschechen

Trotz alledem blieb der ungarischen Bevölkerung der Slowakei nicht erspart, tschechische Brutalität kennenzulernen.

S. Balogh schreibt dazu in Kùlpolitikaja (1988), S. 123: „Mangels Unterstützung der Großmächte griff die tschechoslowakische Regierung daraufhin wieder zur Erpressung. Ab Ende September und Anfang Oktober 1946 wurde mit den Deportation zehntausender Ungarn nach Tschechien in die früher von Deutschen bewohnten Orte begonnen.“

Agnes Troth berichtet in ihrem Werk „Migrationen in Ungarn 1945 bis 1948: Auszug: „Die ungarische Regierung wurde auch von den verschiedenen Organisationen der ungarischen Minderheit in der Slowakei um ein entschlosseneres Auftreten bestürmt. So hat Rezső Szalatnai in seinem Schreiben an Arpad Szakasits nicht die konkreten Ereignisse beschrieben, sondern auf die dahinter verborgenen Tendenzen hingewiesen: „Ich muß sagen, daß sich unsere Lage seit zwei Jahren zusehends verschlechtert und sie ist heute bis zur Unerträglichkeit schlecht und unmenschlich. ... Die heutige tschechoslowakische Regierung hat sich die vollständige Beseitigung der Ungarn aus der Tschechoslowakei zum Ziel gesetzt, sie möchte weder mit den Ungarn zusammenarbeiten noch ein gutes Verhältnis zum ungarischen Staat aufbauen. ... Die Ungarn aus der Slowakei werden seit Wochen zu Zehntausenden bei Frost und Sturm wie Vieh nach Tschechien abtransportiert. Die tschechoslowakische Politik möchte in einigen Wochen vollendete Tatsachen schaffen und möchte die gesamte Zone entlang der ungarischen Grenze slowakisieren, um dann die innerhalb dieses Streifens noch verbliebenen Ungarn in aller Heimlichkeit, mit allen Mitteln, national zu vernichten.“

Deshalb bat er die ungarische Regierung, unverzüglich diplomatische Schritte zu unternehmen und um internationale Hilfe zu bitten. Er wies darauf hin, daß wegen seiner politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Natur das Verhältnis zwischen den beiden Ländern auch dann nicht automatisch gelöst werden könnte, falls „Ungarn der einseitigen Vernichtung der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei zustimmen würde.“ In seiner sehr scharf formulierten Ansprache machte er für die unveränderte Lage nicht nur die Unnachgiebigkeit der tschechoslowakischen Regierung, sondern auch die Unentslossenheit der Großmächte verantwortlich.“ – Ebenda, Protokoll der Sitzung vom 17. Dezember 1946.

In der nächsten Folge behandeln wir Zwecke und Inhalte der inzwischen weltberühmten „Beneš-Dekrete“, die einem der bisher unvorstellbaren schrecklichen Geschichtsereignisse der Neuzeit versuchten, einen pseudorechtlichen und administrativen Rahmen zu geben:

Dem Verbrechen des Völkermordes an den legitimen deutschen Bewohnern der ehemals österreichischen Sudetenländer Böhmen, Mähren und Österreich-Schlesien, an den Sudetendeutschen.

Dr. Torsten Fuchs †



Am 28. August 2004 erlag der Musikwissenschaftler Dr. Torsten Fuchs in der Leipziger Universitätsklinik im Alter von 45 Jahren einer schweren Krankheit. Fuchs war seit 1992 am Sudetendeutschen Musikinstitut (Träger: Bezirk Oberpfalz) in Regensburg angestellt, hat sich wie kein Zweiter umfassend und intensiv mit der Erforschung der sudetendeutschen Musikkultur in all ihren böhmischen, österreichischen, deutschen und europäischen Zusammenhängen und darüber hinaus auseinanderzusetzen und sich große Verdienste dafür erworben. Er war sicher der derzeit beste Kenner dieser Musikkultur. Nun wurde er mitten aus seiner unermüdlichen Arbeit herausgerissen, und wir beklagen mit seinem Tod einen unermeßlichen Verlust.

Mit seiner wissenschaftlich akribischen Arbeit und seiner großen Menschlichkeit erwarb er sich überall höchstes Ansehen und große Beliebtheit.

Torsten Fuchs wurde am 26. Oktober 1958 in Leipzig geboren. Nach dem Studium an der Hochschule für Musik „Franz Liszt“ in Weimar von 1978 bis 1982 (Chor- und Ensembleleitung sowie Schulmusik-erziehung u. a. bei Wolfgang Unger und Gert Frischmuth), begann er als wissenschaftlicher Assistent des Generaldirektors Prof. Dr. Werner Felix bei den Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten Johann Sebastian Bach, dem heutigen Bach-Archiv, in Leipzig seinen beruflichen Werdegang.

Von 1985 bis 1990 nahm er eine Aspirantur an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg bei Prof. Dr. Bernd Baselt wahr. Dort promovierte er zum Dr. phil. mit der Dissertation „Studien zur Musikpflege in der Stadt Weißenfels und am Hofe der Herzöge von Sachsen-Weißenfels“.

Auszeichnung für Genscher, Dienstbier

Fünfzehn Jahre nach der Wende in Ostmitteleuropa erhalten der ehemalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein damaliger tschechoslowakischer Kollege Jiri Dienstbier den Deutsch-tschechischen Verständigungspreis des Adalbert-Stifter-Vereins. Mit der Auszeichnung werde die Rolle beider Politiker bei der Annäherung und Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen gewürdigt, teilte der einst von Nachkriegsvertreibern aus der Tschechoslowakei gegründete Verein kürzlich in Prag mit. Die Ehrung finde am 5. Oktober in Bamberg statt.

Tschechien profitiert von deutschen Autos

Tschechien ist nach Spanien und China mittlerweile der drittgrößte Auslandsstandort der deutschen Automobilindustrie. Deutsche Marken erreichen in den großen mittel- und osteuropäischen Ländern im Schnitt einen Marktanteil von 45 Prozent. Die deutschen Hersteller und Zulieferer haben in den neuen EU-Beitrittsländern rund zehn Milliarden Euro investiert und beschäftigen dort 160.000 Mitarbeiter. Volkswagen ist mit 9400 Beschäftigten in der Hauptstadt Bratislava der größte Arbeitgeber der Slowakei.

Kulturelle Sommertage



Im Bild von links der Landesbeauftragte Rudolf Friedrich, MdL a. D., der Leiter der Veranstaltung Dipl.-Päd. Hans Jandl und dessen Stellvertreterin Erika Bublitz, langjährige Stadtverordnetenvorsteherin von Bad Homburg.

Das Kulturreferat des hessischen Bundes der Vertriebenen veranstaltet seit Jahrzehnten zweimal jährlich „Kulturelle Tage“. Seit zwölf Jahren finden sie regelmäßig in der Bildungsstätte Nothgottes in Rüdesheim statt. Es nehmen stets die Kreiskulturreferenten und interessierte Personen daran teil, insgesamt – wie auch Anfang August – immer zwischen fünfzig und sechzig Personen. Referenten sind Universitätsprofessoren aus dem In- und Ausland, Abgeordnete, Amtsträger der Vertriebenenorganisationen, Publizisten und andere. Diesmal war auch der Landesbeauftragte der hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, anwesend und überbrachte vor seinem Referat über

„Probleme der EU-Osterweiterung“ Grüße des Ministerpräsidenten und der Landesregierung. Referiert wurde über die Themen: „Immanuel Kant – ein Königsberger“, „700 Jahre friedliches Miteinander in Böhmen und Mähren?“, „Deutsche und Polen in Spannung und Ausgleich – mit Beispielen aus der Tätigkeit der Landsmannschaft Weichsel und Warthe“ und „Rußlanddeutsche einst und jetzt; Agieren in Rußland, Einleben in Deutschland.“

Daneben gab es Berichte aus der Kulturarbeit der Vertriebenen und über Veranstaltungen, Organisation, Programmgestaltung; Auswahl der Referenten und Leitung obliegen stets dem BdV-Landeskulturreferenten Dipl.-Päd. Hans Jandl aus Hallgarten.

50 Jahre Schönhengster Sing- und Spielschar



Die Schönhengster Sing- und Spielschar am 31. Juli 2004 in Göppingen.

Die Schönhengster Sing- und Spielschar feierte kürzlich in Göppingen ihr fünfzigstes Gründungsjubiläum. Durch das Gründungsmitglied Trude Derschmidt – sie war auch Gründungsmitglied der SdJÖ – kamen aus dem Welser Raum beziehungsweise aus Oberösterreich und Österreich zirka fünfundzwanzig Aktive dazu. Auslandsreisen, wie nach Schweden, England, Frankreich und Auftritte mit den dortigen

Gruppen sowie damit verbundene Gegenbesuche sind noch in bester Erinnerung. Kinder beziehungsweise Enkelkinder sind der beste Beweis für den Erfolg.

Kaum sind sie von einer Spielscharwoche daheim, fragen sie schon, wieviel Wochen dauert es noch bis zur nächsten Osterwoche oder bis nach Göppingen? Sie können es kaum erwarten.

Othmar Schaner

Filmstar aus Komotau

Am 2. August 1931 wurde Ruth Maria Kubitschek im böhmischen Komotau geboren. Gegen den Willen der Eltern entschied sie sich früh für den Schauspielberuf, studierte unter anderem am Stanislawski-Institut in Weimar. In der DDR ein gefeierter Bühnenstar, blieb sie nach einem Gastspiel in Celle 1959 in Westdeutschland.

Zu großer Popularität kam Kubitschek 1966 mit der Titelrolle der „Melissa“ in dem dreiteiligen TV-Durbridge-Krimi. Es folgten in den 80er-Jahren „Monaco Franze“, „Kir Royal“ und „Das Erbe der Guldenburgs“.

Im Juli dieses Jahres wurde die beliebte Seriendarstellerin mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Engere Kooperation im Tourismus

Oberösterreich und Südböhmen wollen den Tourismus im Grenzgebiet weiter gemeinsam ankurbeln. Seit kurzem gibt es gemeinsame grenzüberschreitende Angebote und Info-Säulen im Grenzgebiet. Die beiden Regionen verstanden sich als Partner und nicht als Konkurrenten, betonten kürzlich der oberösterreichische Wirtschaftslandesrat Viktor Sigl, der Vorstand des Oberösterreich-Tourismus Karl Pramendorfer und die Direktorin der Südböhmischen Tourismuszentrale Jitka Fatkova in einer gemeinsamen Pressekonferenz. Deshalb könnten tschechische Tourismusmitarbeiter das Seminarangebot des Oberösterreich-Tourismus nutzen. Das Urlaubskartenmaterial beider Länder wird ausgeweitet, der Ausflugsverkehr gegenseitig beworben und die Internetseiten verlinkt.

Auf den Spuren Maria Wards, der Gründerin der Englischen Fräulein

Im Rahmen seiner Studienseminare in der alten Heimat hat sich das Königsteiner Institut für Kirchengeschichte von Böhmen – Mähren – Schlesien auch in diesem Sommer auf die Spuren Maria Wards in unseren östlichen Nachbarstaaten begeben. Die Engländerin Maria Ward, die Gründerin der Englischen Fräulein, deren Gemeinschaft sich seit diesem Jahr Congregatio Jesu nennt, war in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges außer in Prag, Eger, Franzensbad und Neuhaus auch in Preßburg für ihre Ordensgründung tätig gewesen. Zusammen mit dem Geistlichen Zentrum Maria Ward in Augsburg hatte Prof. Dr. Rudolf Grulich bereits in früheren Jahren ein Programm in Tepl, Prag und Steken ausgearbeitet. Es führte Ordensschwestern, Priester und Gemeindefereferentinnen mehrfach an Orte, an denen Maria Ward weilte, und zu Klöstern der Englischen Fräulein in Böhmen.

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der diesjährigen Fahrt im August kamen aus Deutschland, Österreich und Südtirol. Es waren interessierte Maria-Ward-Schwestern sowie Laien, die mehr von der Persönlichkeit Maria Wards und von ihrem Aufenthalt in Böhmen erfahren wollten. Maria Ward war 1628 wegen der Gründung eines Klosters in Prag, erlebte hier aber schwere Tage. Der Prager Kardinal Harrach war ihren Plänen nicht gewogen, ja inszenierte sogar eine „Große Verfolgung“ gegen sie, die mit Maria Wards völligem Scheitern in Prag und der Aufhebung ihrer Häuser endete.

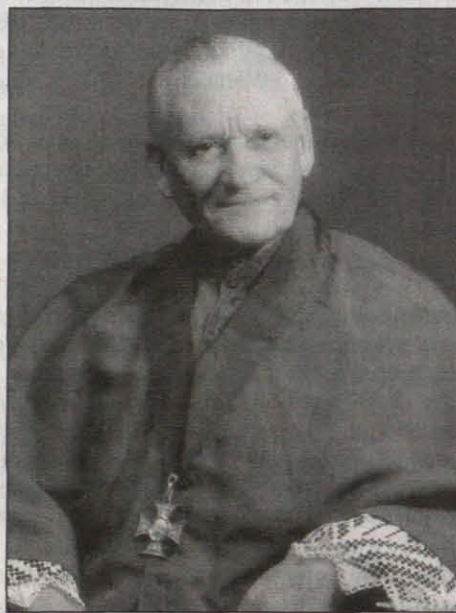
In diesem Jahr führte die Studienfahrt über St. Pölten und Wien nach Preßburg. Dabei verstand es Prof. Grulich wie bei seinen anderen Studienreisen, Geschichte und Zeitgeschichte lebendig zu vermitteln und vor Ort verschiedene Begegnungen zu ermöglichen, so mit Ordensschwestern, die jahrzehntlang interniert gewesen waren oder im Untergrund in den Orden eingetreten waren, als die Klöster aufgehoben waren. In Wien feierte der Provinzial der Redemptoristen in der Kirche Maria am Gestade mit den Schwestern die heilige Messe. In der Nähe der Kirche hatte Maria Ward gewohnt, fast 200 Jahre später starb dort der aus Südmähren stammende heilige Klemens Maria Hofbauer, der in der Kirche begraben liegt.

In Preßburg brachte Grulich den Teilnehmern nahe, daß die heutige slowakische Hauptstadt zur Zeit Maria Wards Hauptstadt Ungarns war, weil die Türken in Ofen residierten. Bis 1830 wurden deshalb die ungarischen Könige in Preßburg gekrönt, das noch vor dem Ersten Weltkrieg eine deutsche Mehrheit hatte. Von Preßburg aus besuchten die Schwestern die Wallfahrtsorte Mariathal und Maria Schoßberg sowie das „Slowakische Rom“ Tyrnau, wohin während der Türkenzeit der Primas von Ungarn seinen Sitz verlegt hatte. Eine weitere Tagesfahrt führte nach Neutra, den ältesten Bischofssitz der Slowakei, wo bereits die Slawenapostel Cyrill und Method wirkten. Hier erschloß Grulich die Bedeutung dieser Europa-Patrone für die Einheit Europas und erinnerte an den Beitrag des Papstes zur Osterweiterung. Eindrucksvoll war auch der Nachmittag im deutschen Begegnungszentrum in Preßburg mit den dort verbliebenen

benen Deutschen, die seit der Wende wieder ihr Volkstum bekennen dürfen. Professor Otto Sobek, der Vorsitzende des Preßburger Verbandes der Karpatendeutschen, informierte über das Schicksal und die Lage der deutschen Volksgruppe. Beim Besuch im Kloster Bac konnte Grulich auch auf die zweisprachigen Ortstafeln hinweisen und zeigen, wie in der Südslowakei die Ungarn Volksgruppenrechte genießen. Die Wallfahrtskirche zur Weinenden Muttergottes ist dort auch ein Mittelpunkt für die Ungarn. Die Schwestern waren dankbar über die zusätzlichen zeitgeschichtlichen Informationen zur Vertreibung und zu den Beneš-Dekreten und wollen im nächsten Jahr diese Studienfahrten weiterführen.

A. Steinhauer

Kan. Rudolf Brock †



Kanonikus Rudolf Brock, Pfarrer i. R., wurde am 11. Mai 2004, nach geduldig ertragener Krankheit, im 92. Lebensjahr, im 66. Jahr seines Priestertums, versehen mit den hl. Sakramenten, zu sich heimgerufen.

Kan. Rudolf Brock wurde am 7. Jänner 1913 als eines von sechs Kindern in Groß-Tajax geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und des Gymnasiums trat er im Jahre 1933 in das Priesterseminar in Brünn ein und empfing im Dom zu Brünn am 5. Juli 1938 die Priesterweihe. Die ersten Jahre seines Priestertums führten ihn nach Mödritz, Nikolsburg, nach Pollau, Feldberg, Pohrlitz, schließlich am 10. Mai 1942 als Administrator in unsere Heimatpfarre Malspitz-Odrowitz, wo er bis zum Kriegsende aufopferungsvoll wirkte. Auch er wurde, wie alle anderen Landsleute, 1945 aus unserer Heimat Südmähren vertrieben. Nach verschiedenen Stationen in mehreren Bundesländern kam er im April 1966 nach Straning, NÖ., wo er bis zu seiner Pensionierung am 15. Oktober 1986 als Seelsorger tätig war. Dann übersiedelte er nach Elsbarn im Straßertal, NÖ., wo er bis zu seinem Ableben, liebevoll betreut von unserer Landsmännin Frau Theresia Melchert, geboren in Ursnitz, seinen Lebensabend verbrachte.

Auch nach der Vertreibung hielt er Kontakt zu einigen Pfarrkindern. Als wir 1993 anlässlich des 400jährigen Bestehens des Taufbeckens eine Gedenktafel anbrachten, veranstalteten wir ehemaligen deutschen Bewohner aus Malspitz und Odrowitz eine „Wallfahrt“. Sichtlich bewegt zelebrierte er in „seiner“ Kirche die heilige Messe und nahm die Einweihung vor. An der Wiedereröffnung des 1945 teilweise zerstörten Kriegerdenkmales im Jahre 1994 und des neu gestalteten Friedhofszentrums 2003 konnte er aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr teilnehmen, unterstützte aber beide Projekte tatkräftig finanziell. Dafür und für sein gesamtes seelsorgerisches Wirken für unsere Heimatgemeinde danken wir ihm sehr herzlich. Wir werden seiner im Gebete gedenken.

Seine Lebenserinnerungen hat er in einem Buch mit dem Titel: „Er kam in sein Eigentum“ festgehalten. Zu beziehen bei: DI Walter Wech, Philipp-Reis-Straße 22, D-63584 Gründau, Telefon 0 60 51 / 38 80, Preis 10 Euro.

Grenzenlose Kulturprojekte

Die Herausgabe von zwei Informationsbroschüren sowie die Veranstaltung einer Konferenz stehen derzeit im Mittelpunkt der Tätigkeit einer tschechisch-österreichischen Kulturorganisation namens ACCC (Austrian Czech Cultural Cooperation). Die beiden Broschüren bieten praktische Informationen, die bei der Organisation von grenzüberschreitenden Kulturprojekten hilfreich sein können. Sie geben Ratschläge für die Zusammenarbeit mit den Medien zu beiden Seiten der Grenze sowie für die Finanzierung gemeinsamer Projekte. Austausch über Möglichkeiten und Limits grenzüberschreitender Kulturentwicklung ist dann der thematische Schwerpunkt einer Konferenz, die am 15. 10. im oö. Bad Leonfelden über die Bühne gehen wird. Unterstützt wird das Projekt von folgenden Institutionen bzw. Organisationen: EU (Fonds für regionale Entwicklung – INTERREG III A – Programm), Land OÖ., Euregio Bayrischer Wald / Böhmerwald (Sektion Mühlviertel, InfoRelais, Kulturkontakt, Kulturní Cirkus e. V., Local-Bühne Freistadt, MitOst e. V., Mühlviertler Sterngartl, Robert-Bosch-Stiftung, Stadtgemeinde Bad Leonfelden, Z KRABIC VENI! Weitere Informationen im Internet (www.ac-cc.net).

Wohin flammender Haß führen kann

Es ist fast unbegreiflich, wie wenig Europa und darüber hinaus noch weniger die Weltöffentlichkeit von sich selbst und den Vorgängen wissen, die man als „ethnische Säuberung“ zu bezeichnen pflegt; an die man sich längst gewöhnt hat. Noch weniger denkt man an die vielen Millionen Menschen – waren es vierzig Millionen oder eher siebzig Millionen, die im Laufe des vergangenen Jahrhunderts ihre Heimat verlassen mußten, nur weil sie Angehörige einer bestimmten Volksgruppe waren oder ihr zugeordnet wurden. An dem Umfang können kaum Zweifel bestehen: Zwangsumsiedlung, Flucht, Vertreibung waren eine Grunderfahrung der Generationen der Weltkriegsepoche – zumindest im mittleren, östlichen und südöstlichen Europa. Keine Nation und kaum eine Familie, die nicht in irgendeiner Weise von dieser Erfahrung berührt worden wäre. Es ist ein Verdienst des an der Stanford Universität (USA) lehrenden Osteuropa-Historikers Norman M. Naimark, der sich bereits in Deutschland einen Namen gemacht hat mit der Veröffentlichung von „Russen in Deutschland“ und weiteren Arbeiten über die Establishments der kommunistischen Regime in Osteuropa, nun in seinem neuen Buch „Flammender Haß – Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert“ in sehr nachdrücklicher Weise über eines der beschämendsten Kapitel europäischer Geschichte befaßt hat und dies, ohne in den Ton einer Auf- und Abrechnung zu verfallen. Aber – so bemerkt er: „Ich sympathisiere mit den Opfern – und sie waren Opfer. Diejenigen, die aus ihren Häusern verjagt wurden, diejenigen, die starben, diejenigen, die mutwillige Brutalität und die furchtbaren Bedingungen von Intoleranz und Vertreibung ertragen mußten“. Dies ist die „Tonlage“ in seiner „Melodie über die Fragen, die mit der Entfernung von ethnischen Minderheiten und der „Beseitigung“ von „Konflikten“, „fünften Kolonnen“, „Agenten des Feindes“, akuter prophylaktischer Bestrafung von illoyalen und unzuverlässigen Staatsbürgern zusammenhängen. Es ist eine düstere Geschichte des Völkermordes im 20. Jahrhundert, für die die politischen Eliten die Hauptverantwortung tragen.

Naimark gibt keine Gesamtdarstellung der ethnischen Säuberungen, sondern untersucht und vergleicht einige Hauptfälle, die ausschließlich der europäischen Geschichte entstammen, die als exemplarisch in eine vergleichende Per-

spektive einbezogen werden. Die meisten Kapitel basieren auf dem Stand der jüngsten Forschungen oder auf aufschlußreichen Quellenfunden und dann auf Augenzeugenberichten. Treffsicher kommen mit ausgewählten Zitaten die Unmittelbarkeiten von Augenzeugenschaften zu ihrem Recht; die spezifische Charakteristika der „ethnischen Säuberung“ wird so zur Anschauung gebracht.

In den fünf exemplarischen Fallstudien werden behandelt: Der Fall der Armenier und der kleinasiatischen Griechen im Osmanischen Reich bzw. der Türkei; die Judenverfolgung im Dritten Reich; die Deportation der Tschetschenen-Inguschen, die Krimtataren in der Sowjetunion; die Vertreibung der Deutschen aus Polen und aus der Tschechoslowakei, und schließlich die Kriege im ehemaligen Jugoslawien. Eine gebührende Stellung nimmt die Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei ein, zumal es sich hier um den größten Bevölkerungstransfer der modernen Geschichte handelt.

Müheles kann Naimark zeigen, daß es in Sachen der Aussiedlung ein fundamentales Einverständnis der Kriegsgegner Deutschlands gab. Ethnische Säuberung als Allheilmittel für die Gebrechen, Schwäche und Anfälligkeit einer labilen Staatlichkeit war so etwas wie ein Gemeinplatz der Weltkriegsepoche geworden. Neben den Polen benutzten die Tschechen den Deckmantel des Krieges und den Übergang vom Krieg zum Frieden, um alte Rechnungen zu begleichen. Ein zentrales Motiv der Tschechen für die Vertreibung kam von dem Wunsch der neuen Nachkriegsregierungen, „ihre Gesellschaft zu rationalisieren und zu kontrollieren“, indem sie ethnisch homogen und völlig auf die Bedürfnisse und Ziele der dominierenden Nation ausgerichtet wurde. Die moralischen Kategorien werden auch durch die Brutalität komplizierter, mit der Polen und Tschechen die Minderheiten vertrieben, wobei die Tschechen die größere Brutalität zeigten als die Polen. „Die Gewalt wurde aus der Nähe verübt, und sie ist bösartig“.

Angeht das Deutschenhasses der Regierungen in Moskau, London und Washington brauchten die kommunistischen und nichtkommunistischen Politiker in London keine Sorgen zu haben, für ihre radikale antideutsche Haltung Chancen für eine Zustimmung zu haben, die Deutschen nach dem Krieg aus dem Sudetenland zu vertreiben. Die gewaltigen Bewegungsbewegungen während des Krieges machten weitere Massenverschiebungen unproblematisch, insbesondere die der verhaßten Deutschen. Die Erfahrungen der Sowjetunion mit der Deportation größerer Menschengruppen vor und besonders während des Krieges machten auch ihre Vertreter für die Bitte der Tschechen geneigt. Kürzlich veröffentlichte Dokumente aus russischen Archiven zeigen, daß Stalin und Molotow über die Pläne der Osteuropäer zur Deportation der Deutschen voll informiert wurden. Sie hatten nur keine „prinzipiellen“ Einwände, sondern dachten „positiv“ darüber. Stalin zum tschechischen Premierminister Zdenek Fierlinger am 28. Juni 1945 zu den Deportationen: „Wir werden Sie nicht stören. Werfen Sie sie heraus. Jetzt werden sie am eigenen Leib spüren, was es heißt, andere zu beherrschen“. Beneš äußerte mit Recht und wiederholt, er habe die Zustimmung Churchills und sogar Roosevelts für die Aussiedlung erhalten. Die Amerikaner hatten zwar ein unbehagliches Gefühl wegen der möglichen Auswirkungen von Massendeportationen auf die Wirtschaft des besetzten Deutschlands, aber sowohl die amerikanische als auch die britische Regierung hatten für die tschechische Absicht der Vertreibung der Deutschen „Verständnis“ und die Sowjets „keine politischen Einwände“. Churchill behandelte das Thema besonders „ungerührt“. Schon am 9. Oktober 1944 bemerkte er zu Stalin, sieben Millionen Deutsche würden im Krieg umkommen, damit wäre im Rumpf-Deutschland genug Platz für die Deutschen aus Schlesien und Ostpreußen. Während eines Gesprächs mit Stalin in Jalta im Februar 1945 erklärte Churchill, er sei keineswegs „schockiert von der Idee, Millionen von Menschen gewaltsam umzusiedeln“.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs hieß es; Stalin:

Dort (gemeint ist Schlesien und Ostpreußen) werden keine Deutschen mehr sein, wenn da unsere Truppen kommen, laufen die Deutschen weg. Churchill: Dann ist da das Problem, was man in Deutschland mit ihnen macht. Wir haben sechs oder sieben Millionen getötet und wir werden bis Ende des Krieges wahrscheinlich

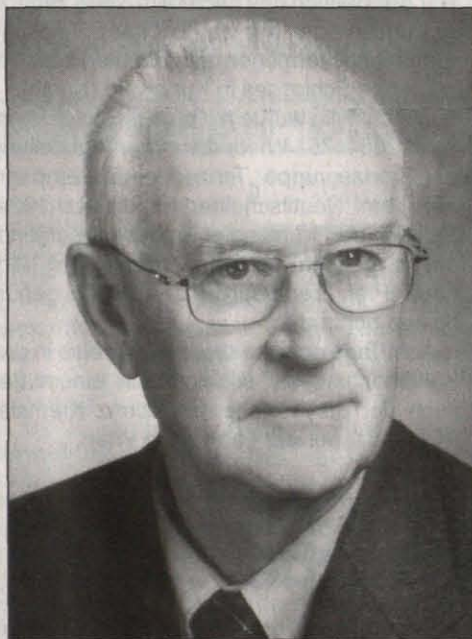
noch eine Millionen töten. Stalin: Eine oder zwei? Churchill: Oh, ich ziehe da keine Grenzen nach oben. Es wird also Platz genug in Deutschland für die sein, die die Lücke füllen müssen. Churchill mit der Haßrede am 15. 12. 1944 drückte die Situation unverblümt so aus: „Da die Vertreibung, soweit wir in der Lage sind, sie zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel ist, reinen Tisch zu machen, bin ich von der Aussicht einer Entfernung der Bevölkerung nicht beunruhigt, auch nicht von diesen umfangreichen Umsiedlungen, die durch moderne Hilfsmittel jetzt besser möglich sind als früher“. Auch konnte Stalin bei der Potsdamer Konferenz seine Verbündeten überzeugen, das Problem sei bereits gelöst: Die Tschechen haben ihnen (den Deutschen) zwei Stunden Zeit gegeben, und sie dann rausgeworfen. Die tschechische Propaganda fachte bewußt die antideutschen und sadistischen Gefühle im Lande an. Jeder müsse bei der „Reinigung“ der Heimat mithelfen. Sogar die katholische Kirche beteiligte sich. Monsignore Bohumil Stasek, der Domherr von Vysehrad, sagte: „Nach tausend Jahren ist die Zeit gekommen, die Rechnung mit den Deutschen zu begleichen, die böse sind und für die das Gebot der Nächstenliebe deshalb nicht gilt“. Naimark schildert viele Beispiele von Verletzungen der Menschenrechte und Menschenwürde, die mit der Vertreibung verbunden waren – ausführlich die Ereignisse in Aussig, besonders aus der Zeit der „wilden Deportation“, als Jan Masaryk erklärte: „Mit den Deutschen werden wir fertig.“

In einer Schlußanalyse seiner souveränen Skizzierung der „Einzelfälle“ kommt Naimark zu einem bedrückenden Ergebnis. Ethnische Sä-

uberungen werden wahrscheinlich wieder geschehen und die Staatengemeinschaft sollte sich darauf und auf die nächste Runde vorbereiten. Ethnische Säuberungen sind immer mit Gewalt verbunden; Menschen geben ihre Häuser nicht freiwillig auf, sie müssen verjagt werden, manchmal auf brutalste Weise. Ethnische Säuberungen fordern fast immer eine hohe Zahl von Menschenleben. Sie sind sehr eng mit dem Krieg verbunden und haben den Charakter von Totalität. Sie bedeuten auch die Auslöschung der Erinnerung an die Anwesenheit ganzer Völker und Volksgruppen. Sie sind nichts „Sauberes“, sie bedeuten Gewalt und Brutalität in ihren extremen Formen. Und sie richten sich stets gegen Frauen. Während im Krieg Männer gegen Männer kämpfen, greifen Männer bei ethnischen Säuberungen meist Frauen an. „Die Geschichte der ethnischen Säuberungen im 20. Jahrhundert gibt keinen Anlaß zu der Hoffnung, daß sie im 21. Jahrhundert verschwinden werden. Moderne und sich modernisierende Staaten, die ihre Bevölkerung homogenisieren und die „anderen eliminieren wollen, entstehen ständig neu“. Naimark muß gestehen, daß die Versenkung in das Material über ethnische Säuberung und Völkermord in unserer Epoche ihn manchmal in tiefe Traurigkeit versetzte. Sein Buch widmete er allen seinen Kindern mit dem Wunsch, sie mögen niemals die beschriebene Rachsucht der Geschichte kennenlernen. „Seht her, wie unentwegt leistungsfähig er ist, wie gut er sich hält in unserem Jahrhundert, der Haß“. Dieser Vers aus Wislawa Szymborskas Gedichtband „Haß, Auf Wiedersehen, Bis morgen“ stellte Naimark seinem Thema voran.

Von Willi Götz

Othmar Schaner – die Erfolgsbilanz eines Jubilars



Am 21. September d. J. feiert unser Landsmann Othmar Schaner seinen 75. Geburtstag. Wir wünschen ihm vor allem anhaltende Gesundheit, viel Glück und noch viele Jahre in geistiger Frische und Regsamkeit.

Geboren im Jahre 1929 in Wostitz, Kreis Nikolsburg in Südmähren, absolvierte er in seinem Heimatort vier Klassen Volks- und vier Klassen Hauptschule und besuchte anschließend ab 1943 bis zum Einmarsch der Russen im April 1945 in Znaim die Handelsakademie. Nach der im Mai 1945 erfolgten Heimatverteilung fand Othmar Schaner zunächst in mehreren Flüchtlingslagern in Oberösterreich Unterkunft und er übte vielfältige Tätigkeiten in verschiedenen Transportunternehmungen und landwirtschaftlichen Betrieben im Bezirk Wels in OÖ. aus.

Im Jänner 1949 spürte Othmar Schaner wieder festen Boden unter den Füßen, indem er eine dauerhafte Beschäftigung bei der Firma „Reform-Werke“, einer Landmaschinenfabrik und Gießerei in Wels in OÖ., finden konnte. Anfangs allerdings nur als Hilfsarbeiter in der Gießerei, verbunden mit den dort herrschenden äußerst schweren Arbeitsbedingungen und Nachtschichten. Im Jahre 1951 wurde er bereits ins Angestelltenverhältnis übernommen und es wurde ihm die Österreichische Staatsbürgerschaft verliehen.

Im Zuge seiner erfolgreichen Berufslaufbahn bei den „Reform-Werken“ durchlief er

folgende Stationen: Gießerei-Lagerleiter, Arbeitsvorbereitung, Landmaschinen-Verkauf; Landmaschinen-Verkauf, Auftragsbearbeitung. Im Jahre 1956 wurde ihm bereits die Leitung der für eine erfolgreiche Vermarktung aller Firmenprodukte wichtigen Abteilung „Ersatzteile-Disposition und Auftragsbearbeitung In- und Ausland“ anvertraut. Unter seiner allseits geschätzten Abteilungsleitung hatte er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1990 großen Anteil an einem erfolgreichen Aufbau von „Ersatzteilstützpunkten“ und an deren Betreuung an vielen Orten in ganz Mitteleuropa. Von 1966 bis zu seiner Pensionierung füllte er noch die Funktion eines Obmannes des Angestelltenbetriebsrates aus, und zwar ohne sich von seinen Dienstverpflichtungen freistellen zu lassen.

Neben seinem beruflichen Volleinsatz und seinem bis heute erfüllten Familienleben (Othmar Schaner heiratete im Jahre 1958 seine Landsmännin Traudl Grünbacher und hat mit ihr drei Kinder samt sechs Enkelkindern) war unser Jubilar noch für unsere Volksgruppe mit beispielhaftem Einsatz und mit viel Erfolg tätig: 1951 Gründungsmitglied der Sudetendeutschen Jugend (SdJ) Wels; 1952 Gründungsmitglied der SdJ OÖ.; 1955 Gründungsmitglied der SdJ Österreich; 1956 bis 1965 Bundesjugendführer der SdJ Österreich. Ab 1966 folgten weitere Funktionen in der SLOÖ als Landesobmann-Stv., in der SLO als Bundesobmann-Stv., in der Bundes-SLO-Hauptversammlung der SLO, als SLO-Delegierter in der Bundesversammlung der SL Deutschland in München und als Mitglied des Sudetendeutschen Rates in München. Bis zum heutigen Tage (und hoffentlich noch lange) übt er leitende Funktionen in der SLO und in der SLOÖ aus.

Dieser beispielgebende Einsatz und die dabei erbrachten Leistungen unseres Lm. Othmar Schaner fanden bereits vielfache Anerkennung: 1958 Ehrenzeichen der SL; 1980 Großes Ehrenzeichen der SL; 1984 Silbernes Verdienstzeichen der Republik Österreich (verliehen durch Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger); 1992 Goldene Verdienstmedaille der Stadt Wels und 2003 Südmährisches Ehrenzeichen in Bronze.

Ein wahrlich bemerkenswerter Lebensweg, für den unserem Jubilar großer Dank und hohe Anerkennung gebührt.

49. Heimattreffen am Mandelstein



Dieses traditionelle Treffen der Böhmerwälder fand am 29. August 2004 – organisiert von der Außenstelle Gmünd der Klemensgemeinde (Lm. Friedrich Trsek) statt. Bürgermeister Himmer aus Weitra, der stellvertretende Bezirkshauptmann und SLO-Bundesobmann Gerhard Zeihsel konnten begrüßt werden. Die Festansprache hielt Frau Bundesrat Martina Diesner-Weiss (ÖVP) und die anschließende Bergmesse zelebrierte der mitreisende Volkspriester Pater Bonifilius M. Wagner. Er ist heute wieder Pfarrer von Bründl, Gratzen und Strobnitz in der heutigen Tschechischen Republik. Beim Bergkreuz fand anschließend ein Totengedenken mit einer Kranzniederlegung statt. Vom Bergkreuz hat man einen herrlichen Rundblick auf Südböhmen und das obere Waldviertel. Bei Speis' und Trank in der schönen Natur unterhielten sich die von nah und fern gekommenen Landsleute bestens. Viele besuchten anschließend ihre Heimorte.

Kulturreise in das Kuhländchen



Der Bauernbrunnen in Neutitschein feierte sein 75jähriges Bestehen, zu dessen Ehre die Teilnehmer der Kulturfahrt 2004 am Brunnen Aufstellung genommen haben (der identische Brunnen in Ludwigsburg ist gerade 36 Jahre alt).

Die Heimatlandschaft Kuhländchen, der Landschaftsbetreuer und 1. Vorsitzende des Alte Heimat-Vereins, Fridolin Scholz, hatte zu dieser Fahrt eingeladen und diese gut vorbereitet. Suche nach den Spuren der Vergangenheit, als Fortsetzung der letztjährigen Reise in die Heimat derer von Hückeswagen und Schaumburg, im Norden Deutschlands, war vorgesehen. Von Heidelberg über Stuttgart, Göppingen, Augsburg und München, ging es dem Ziel entgegen: Schloß Grätz (Hradek n. Moravic) wird nach zwei Tagen erreicht und besucht und damit das Kuhländchen. Die Gruppe besuchte die Kreis- und Bezirkstädte Neutitschein (Novy Jičín), Fulnek, Odru (Odry) Wagstadt (Blovce) und Freiberg (Příbor) mit den umliegenden Dörfern und wurde von den amtierenden Bürgermeistern oder Stellvertretern im Rathausaal empfangen. Begrüßungen, Austausch von Geschenken, Friedhofbesuche mit Totenehrungen und Stadtbesichtigungen mit Museen waren verbunden mit Gedankenaustausch in vielen verschiedenen Gesprächen. Die Einladung durch Zdenek Mateciuc in sein Gartenhaus im Fabrikpark in Odru, sorgte für freundschaftliche Stimmung und Auflockerung zwischen den offiziellen Veranstaltungen.

Höhepunkt der Reise war die Teilnahme an einem Festakt an der „Straße der Verständigung“, die zur Expo im Jahr 2000 in Hannover im Tschechischen Pavillon vorgestellt worden war. Sie befindet sich an einem alten Denkmal bei Bausch (Budisov), das

1858, zum hundertsten Erinnerungstag der Schlacht bei Gunnersdorf und Domstadt, errichtet wurde.

Mehr als hundert in Stein gefertigte Tafeln wurden schon verlegt. Darunter bereits die Tafeln von „Alte Heimat, Verein heimatverlorener Kuhländler e. V.“ und Kuhländler Tafeln. Bei dem diesjährigen Festakt haben die „Gemeinde Mankendorf“ und der „Landschaftsrat Kuhländchen“ je eine Tafel eingebracht. Zu diesem Festakt, begrüßt vom Bürgermeister von Bausch und dem Begründer und Betreuer der Straße, Herrn Anderle, aus Mähr. Trübau (Moravska Třebová) war eigens Frau Irene Kunc, Vorsitzende der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen und Mähren (Trägerin der „Kuhländler Medaille“), gekommen.

Ein weiterer Höhepunkt der Begegnungen war der Besuch des nach dem Krieg zerstörten und wieder mit viel Energie, Fleiß und Einfühlungsvermögen aufgebauten bzw. rekonstruierten Schlosses in Kunewald (Kunín).

Gleichzeitig wurde mit dieser Reise der im Jahr 2004 75. Wiederkehr der Aufstellung der Bronzegruppe „Tanzendes Bauernpaar“ auf dem Neutitscheiner Stadtplatz 1929, Symbol der Kuhländler und des Kuhländchens, gedacht (geschaffen von dem Bildhauer Prof. Franz Barwig d. Ä., Wien, gebürtig aus Schnau).

Acht Tage dauerte diese Kulturreise in das Kuhländchen, sie endete nach einem Besuch der Bischöflichen Residenz Kremsier (Kromeriz) auf der Fahrt nach Wien.



WIEN

„Hochwald“ Wien

Unter dem Gipfelkreuz des Mandelsteines auf österreichischer Seite ist vor einigen Jahren eine kleine Andachtskapelle gebaut worden, wo jedes Jahr am letzten Sonntag im August eine Festmesse für uns Heimatvertriebene von Pater Bonifilius zelebriert wurde, im Beisein des Veranstalters Herrn Trsek. Herr Trsek eröffnete das 49. Heimattreffen mit dem Lied „Nach der Heimat möcht' ich wieder“. Der Wettergott hat uns einen wunderschönen Tag beschert, so daß heuer der Fahnenträger, Herr Reiter aus Scheibitz, mit der Strobitzner Pfarrfahne und Herr Gottfried Müller, Wien, mit der Brünlnfahne beiwohnen konnten. Pater Bonifilius hat sein derzeitiges Leiden in die Predigt eingeflochten, worüber wir alle sehr überrascht waren. Die Bitte an den Herrgott und unser aller Wunsch ist, daß er weiterhin die Kraft hat, seine Aufgaben zu erfüllen. – Nach der Messe, als am Gipfelkreuz die Kranzniederlegung für die Verstorbenen stattfand, spielte die Musikkapelle das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“. – Am Samstag, dem 28. 8., wurde in Brünln eine Messe gelesen. Nach der Kirche hat sich am Stiegenaufgang eine Gruppe gebildet und Pater Bonifilius stimmte das Lied „Tief drin im Böhmerwald“ an, Passanten von der Straße schlossen sich dieser Gruppe an. Auch in Strobitz war um 4.00 Uhr eine Messe. Wie immer war am Samstagabend bei Familie Fröstl in Hirschenwies ein gemütliches Beisammensein von Heimatfreunden aus Langstrobitz, Friedrichschlag und Scheibitz. Wobei einige Freunde aus Friedrichschlag krankheitsbedingt nicht dabei sein konnten. Wir wünschen baldige Besserung. Herr Bertl Binder aus Langstrobitz hat die anwesenden Heimatfreunde mit seiner Ziehharmonika gut unterhalten. Es ist immer nett, wenn bei so einem Beisammensein Erinnerungen und Erzählungen ausgetauscht werden. Nächstes Jahr ist das 50. Heimattreffen. Vielleicht könnten doch noch mehr Pfarrangehörige teilnehmen und sich rechtzeitig bei Familie Fröstl anmelden. Könnte es sein, daß sich jemand findet, der zu dieser Feierlichkeit etwas organisiert? Tel. von Fam. Fröstl: (von Deutschland) 0043 / 28 58 / 52 3 70, (von Österreich) 0 28 58 / 52 3 70. – Für die schönen Tage wollen wir unsere Blicke in die Heimat dankend wenden und „Den“ bitten, der alles lenkt und uns wieder solche Tage schenkt. In diesem Sinne grüße ich herzlichst in heimatlicher Verbundenheit. M. Prinz.



OBERÖSTERREICH

Frauengruppe Oberösterreich

Wir treffen uns am Freitag, dem 17. September, wie immer um 16 Uhr, im LKZ Ursulinenhof. Die nächsten Abende finden dann am 15. 10., 5. 11. und 10. 12. statt. Ich hoffe, Sie haben den Sommer schön verbracht und wir können die Herbstprogramme besprechen. – Allen Geburtstagskindern, den genannten und ungenannten – im Nachhinein Lm. Ottilie Ullmann und am 16. 9. Lm. Edith Swoboda – alles Liebe und die besten Wünsche. Auf ein Wiedersehen freut sich Lilo Sofka-Wollner.

Freistadt

Einladung zur Herbstfahrt 2004!

Die heurige Herbstfahrt geht ins Weinviertel. Ziel ist das „Museumsdorf“ Niedersulz, wo auch der bekannte „Südmährerhof“ integriert ist. Bei der Hinfahrt sind Kurzbesichtigungen in Maria Dreieichen und Schönggraben, bei der Rückfahrt ist ein gemütlicher Heurigenbesuch eingeplant.

Reisetag: Donnerstag, 23. September 2004.

Abfahrt: 7.00 Uhr, Freistadt, Stifterplatz; Bus Optimal-Reisen.

Fahrtstrecke: Freistadt – Sandl – Gmünd – Horn – Eggenburg – Hollabrunn – Mistelbach – Niedersulz und retour.

Zusteißen entlang der Strecke ist möglich, bitte unter Tel. 0 79 42 / 73 4 78 mitteilen!

Fahrtpreis: Pro Person 32,- Euro inkl. Eintritt.

Verband der Böhmerwäldler in OÖ.

Liebe Mitglieder, liebe Landsleute! Vielen wird sicher nicht bekannt sein, daß der Verband eine beachtliche Anzahl einschlägiger Bücher mit Bezug auf die alte Heimat besitzt. Ein Teil dieser Bücher kann käuflich erworben werden. Nachfolgend finden Sie eine Auflistung all jener zum Kauf angebotenen Werke. Wenn Sie Interesse am Ankauf eines Buches haben, rufen Sie uns bitte während der Bürozeit unter Tel. 0 73 2 / 70 05 91, jeweils montags von 9.00 bis 11.30 Uhr, an. Sie können uns aber

während dieser Zeit auch persönlich besuchen. (4040 Linz-Urfahr, Kreuzstraße 7). – Liste der Bücher: „Oberplan / Der Geburtsort von Adalbert Stifter“, „Kapellen im Böhmerwald“, „Ein Dorf auf der Wasserscheide“, „Maria Gojau“, „Das war unser Kienberg“, „Südböhmen / Ein Natur- und Kunstführer“, „Der Böhmerwald heute“, „Kunst im Böhmerwald“, „Der Böhmerwald“, „Jeder Tag kommt aus Gottes Hand“, Heimat Kaplitz“, „Lieder für die Böhmerwäldler“, „Die Kost der Böhmerwäldler“, „Das Böhmerwäldler Kratz-Ei“, „Ein Mythos zerbricht: Benes“, „Straßenkarte Egerland – Böhmerwald“, „Europa in Trümmern“, „Schreie aus der Hölle“, „Völkermord an den Sudetendeutschen“, „Berge – Wälder – dunkle Wasser“, „Böhmens Irrweg“.

Enns-Neugablonz – Steyr

Das durchwegs schöne Sommerwetter hat uns wohl alle für den feuchten Juli entschädigt und so hoffen wir auch für den 25. September auf gutes Wetter, denn da findet der Herbstausflug unseres Sparvereins statt – das Ziel ist streng geheim wie immer. – Im September haben wir folgende Geburtstage: Helga Pessl am 10. 9., Ulrike Frohn am 17. 9., Christine Wittecek am 17. 9., Erwin Heider am 22. 9., Fritz Waniek am 23. 9. – Viel Glück und Gesundheit. Ch. N.



NIEDERÖSTERREICH

St. Pölten

Liebe Landsleute und Familienangehörige, Freunde und Gönner! Wenn einer eine Reise tut, dann kann etwas erzählen – so lautet ein bekanntes Sprichwort. So wie sicher wieder etliche Landsleute in der vergangenen Urlaubszeit eine Reise in die alte Heimat im Sudetenland gemacht haben, hat dies auch unser Landsmann Franz Cech aus Heiligeneich getan. Mit dabei seine Familie, auch der sechsjährige Enkelsohn Michael. Der Anlaß für die Reise in die Geburtsortgemeinde Lodenitz in Südmähren war die Beerdigung eines ehemaligen Schulfreundes. Bei der Rückreise sagte der sechsjährige Michael: „Opa, Du hast eine schöne Heimat gehabt.“ Herr Cech erzählte diese Begebenheit dem Schreiber dieser Zeilen; diesem kam bei dem Wort „gehabt“ spontan der Gedanke auf: Wann wird ein Raub endgültig, nach welchem Zeitablauf wird aus Unrecht Recht? Nach einigen Monaten, nach zehn Jahren, nach 50 Jahren? Feststeht, daß die Rechtslos-Erklärung, Enteignung und Vertreibung von über drei Millionen Menschen 1945/46 durch die völkerrechtswidrigen Benes-Dekrete eine offene schwärende Wunde in Europa ist und bleibt. Bereits in den zwanziger Jahren – also lange vor Hitler – schrieb Benes in seinem Buche „Le probleme autrichien et la question tcheque“ folgende Sätze: „Tatsächlich ist zwischen den zwei Nationen in Böhmen eine Versöhnung nur möglich, wenn beide Völker vollkommen autonom sind. Es muß eines vom anderen getrennt werden.“ Damit hatte Benes seine brutalen Pläne publik gemacht. 1945, nach der Niederlage Deutschlands, war Benes am Ziel seiner Wünsche: Jetzt bot sich ihm die Gelegenheit, durch ein Blutbad ohnehin schon an den Sudetendeutschen seine Schuld am Untergang der ersten CSR vergessen zu machen. Benes hat aber auch sein eigenes Volk betrogen. 1948 trat er feige zurück und überließ sein Volk dem fürchterlichen Stalinismus. Nicht grundlos wurde bei den Nachkriegsverhandlungen in den USA Benes vom damaligen russischen Botschafter und späteren Staatspräsidenten Andrej Gromyko als „Politischer Dinosaurier“ bezeichnet. Nachzulesen im Buch: „Erinnerungen“ von A. Gromyko. Dieses zeitgeschichtlich hochinteressante Buch befindet sich in unserer SLO-Heimatstube-Bücherei und kann jederzeit von Interessierten ausgeliehen werden. Tschechien ist nach wie vor in diesem politischen Dinosaurierdenken verfangen, verdrängt die eigene historische Schuld (1918/19!) und ist nicht einmal zu einem Dialog mit den Vertriebenen bereit. Schon jetzt wird von namhaften politischen Vordenkern festgestellt, daß das von Tschechien in die Europäische Wertegemeinschaft eingeschleppte Unrecht, eben die Benes-Enteignungs-Vertreibungs-Dekrete, einmal sehr wesentlich zum Zerfall der EU beitragen wird. Die Vertriebenen und mit ihnen alle rechtsempfindenden Menschen werden weiter den Mut haben, ja haben müssen, für Recht und historische Wahrheit einzutreten, auch wenn es derzeit noch gegen den politischen Strom geht, um in der Zukunft weiteren Unrecht vorzubeugen. Kardinal Schönborn hat am 22. 5. 2004 in Mariatzell beim Katholikentag treffend gesagt: „Europa braucht Gerechtigkeit und Solidarität!“ – Liebe Landsleute, einige erfreuliche Informationen und Hinweise: Im Großraum St. Pölten hat sich ein Kreis von 25 bis 30 jugendlichen gebildet, die alle historisch interessiert sind, vor allem auch an Brauchtum und Kulturgut, vieles gemeinsam unternehmen (Wandern, Tanzen, Musik ...) und die mit der SLO St. Pölten näheren Kontakt aufnehmen wollen. Einige Vertreter der Gruppe werden zu unserem Monatstreffen im September kommen und uns die Gruppe bekanntmachen. – Im kom-

Auf Spurensuche... Die Meldefrist wurde verlängert

Bereits mehrmals haben wir auf die Spurensuche hingewiesen und um Interessenten-Meldungen ersucht. Es ist wirklich erstmalig, daß auch für die Nachkommen der heimatvertriebenen Altösterreicher deutscher Muttersprache, also die Sudetendeutschen, so etwas geboten wird. Man ist der Meinung, daß nicht nur bestimmte junge Leute (vor allem Nachkommen von 1938 aus Österreich vertriebenen Mitbürgern) auf Spurensuche gehen sollten, sondern auch die Nachkommen der Sudetendeutschen.

Aufgrund dessen erwarten wir Ihre wertvolle Mitarbeit und die Anmeldungen dazu.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Soziale Gerechtigkeit, Generationen und Konsumentenschutz soll ein Projekt zum Thema „Auf Spurensuche in Tschechien“ (Böhmen, Mähren und Schlesien) ausgearbeitet und vorbereitet werden. Angesprochen sind junge Leute von ca. 18 bis 25 Jahre aus ganz Österreich (nicht Ausland), die auf Spurensuche gehen wollen, wie zum Beispiel: Von wo, aus welchem Ort in Böhmen, Mähren und Schlesien stammt meine Familie (Eltern, Großeltern, Urgroßeltern usw.) und als was waren diese dort tätig bzw. welche Arbeit hatten diese geleistet (Bauern, Gewerbetreibende, Angestellte, Arbeiter usw.); war davon jemand in der Gemeinde, im Bezirk, im Land usw. öffentlich tätig?; ein kleiner Abriss über die Gemeinde (Gründung, große und bedeutende Ereignisse, Einwohnerzahl – getrennt nach Nationalität und Religion – bis 1945 und zum jetzigen Zeitpunkt);

bedeutende Gebäude, Denkmäler u. ä.; Bilder von einst und jetzt (zum Vergleich); eventuell Begegnungen mit den heutigen Einwohnern und Erfahrungen daraus. Wer mitmachen will, möge sich so bald als möglich bei der Sudetendeutschen Jugend Österreichs, Steing. 25, 1030 Wien, Tel. / Fax: (01) 718 59 13, E-mail: office@sdjoe.at, melden – mit Angabe der Geburtsdaten, Herkunftsort der Eltern, Großeltern und telefonische Erreichbarkeit.

Jetzt noch keine „Spurensuche“ übermitteln – es geht vor allem um die Teilnehmer, die an so einem Projekt interessiert sind!

Nach Absprache mit dem Bundesministerium werden die Teilnehmer vom Beginn des Projekts in Kenntnis gesetzt und gebeten, auf „Spurensuche“ zu gehen. Dazu werden die Details – Inhalte, das Wie usw. – bekanntgegeben.

Nach Einlangen der Ergebnisse der einzelnen „Spurensucher“ werden die besten Arbeiten ausgesucht und die jeweiligen Verfasser zu einer speziellen „Spurensuche“ in Tschechien mit einer Begegnung von nunmehr dort lebenden jungen Menschen eingeladen.

Das gesamte Projekt wird vom federführenden Bundesministerium entsprechend gefördert.

Alle übrigen Teilnehmer, die nicht für eine Spurensuche in Tschechien eingeladen werden, werden u. a. Buchpreise als Dank für deren Arbeit erhalten.

Interessierte sind aufgefordert, sich bis spätestens 12. Oktober dieses Jahres zu melden!

menden Jahr werden zwei Personen, die aus dem Sudetenland stammen und mit dem Raum St. Pölten besonders verbunden waren, eine Würdigung erfahren: **Matthias Zdarsky**, geb. 25. Februar 1856 in Trebitsch / Südmähren, Skipionier, ab 1889 Besitzer des Bauerngutes Habernreit in Marktl bei Lilienfeld, veranstaltete am 19. März 1905 am Muckenkogel den ersten Riesentorlauf. Zdarsky, Träger vieler nationaler Ehrungen und Auszeichnungen, ist am 20. Juni 1940 in St. Pölten gestorben. – **Andreas Hartauer**, geb. 28. November 1839 in Winterberg / Böhmerwald, Schöpfer des Liedes „Tief drin im Böhmerwald“, betrieb seinerzeit in St. Pölten eine Glas- und Porzellanhandlung. Gestorben ist er 1915 in St. Pölten; sein Grab befindet sich auf dem St. Pöltner Stadtfriedhof, Gruppe III, Reihe III, Grab 7. – Wir haben nun im Parlament wieder drei Vertriebensprecher: ÖVP: NAbg. Ing. Norbert Kapeller, FPÖ: NAbg. Barbara Rosenkranz, SPÖ: NAbg. Volkmarr Harwanegg. – Unsere Heimatstube ist nun im Wesentlichen eingerichtet. Zuletzt wurden an den Fenstern Folien zur Dämmung des Sonnenlichtes (UV-Strahlen) angebracht. An der Hausmauer im Herrenhof wurde eine Hinweistafel auf die Heimatstube montiert. Landsleute, Freunde – kommt und seht Euch die Heimatstube an. Besichtigung jeden dritten Freitag von 9.00 bis 12.00 Uhr oder gegen Voranmeldung. – Folgend unsere Einladung zu den künftigen Heimattreffen in St. Pölten, an jedem dritten Freitag im Monat, ab 14.00 Uhr, im Gasthof Graf, St. Pölten, Bahnhofplatz 7, Extrazimmer. **17. September:** Offener Heimatnachmittag mit Besuch der neugebildeten Jugendgruppe. **15. Oktober:** Vortrag Hofrat Dr. Ulrike Schauer, Amt der nö. Landesregierung: „Informationen rund um das Pflegegeld“. **19. November:** Literarischer Nachmittag. Alle sind eingeladen, Beiträge in heimatlicher Mundart zu bringen. **17. Dezember:** Sudetendeutscher Advent (gesonderte Einladung!). – Weitere wichtige Termine: **10. September:** Tag der offenen Tür im Therapie-Zentrum Dr. Nuhr in Senftenberg. Die Seniorenschönherin Rosemarie Nuhr, Mitglied der SLÖ St. Pölten, erwartet eine Delegation unserer Landsmannschaft. Zusanmentreffen im Nuhr-Zentrum ab 14.00 Uhr. **26. September:** Sudetendeutscher Heimattag in Klosterneuburg. 10.00 bis 13.00 Uhr Ausstellung im Mährisch-Schlesischen Heimatmuseum, Rostockvilla. 12.00 Uhr Eröffnung der Ausstellungen im Foyer der Babenbergerhalle. 13.00 Uhr Festgottesdienst in der Stiftskirche. 15.00 Uhr Kundgebung in der Babenbergerhalle, Festrede NR.-Präs. Dr. Andreas Khol.

KÄRNTEN
Klagenfurt

Wir wünschen allen im Monat Oktober geborenen Landsleuten Gesundheit und Wohlergehen. Aloisia Fischer, geb. Schöffmann, am 11. 10. in Gurk; Dr. Eduard Kielmeier am 30. 10. in Vassach bei Villach; Ilse Knafl, geb. Koschischek, am 22. 10. in Völkermarkt; Maria

Sudetenpost
Eigentümer und Verleger:
Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592, Obmann: **Karl Kopflinger**, Geschäftsführer: **Ing. Peter Ludwig**. Alle in 4040 Linz, Kreuzstraße 7. Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boshchstraße 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland € 31,00, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 37,50, Übersee: € 54,00; Einzelpreis: € 1,38, Postsparkassenkonto 7734.939, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nr. 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.
OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:
Medieninhaber:
Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.
Grundlegende Richtung:
Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Presseerzeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

BESTELLSCHHEIN FÜR DIE Sudetenpost
Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:
„Sudetenpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.
Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!
Name: _____
Straße: _____
Plz: _____ Ort: _____ Telefon: _____
Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 31,00, inkl. 10 % Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 37,50, Übersee: € 54,00. – Postsparkassenkonto Nr. 7734.939 Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.
18 – 2004

von Krieglstein, geb. Richter, am 22. 10. in Karlsbad; Dr. Maria Leicht am 12. 10. in Klagenfurt; Barbara Lippitz am 21. 10. in Klagenfurt; Miroslav Liska am 18. 10. in Schumberg in Böhmen; Hedwig Meissl, geb. Strauß, am 17. 10. in Arnoldstein; Walter Rehorn am 3. 10. in Riegerschlag; Anneliese Rothe, geb. Schöppe, am 15. 10. in Innsbruck; Manfred Rotter am 28. 10. in Mährisch-Schönberg; Laurenz Seidl am 18. 10. in Brüx; Alexander Schöninger am 12. 10. in Warnsdorf; Günther Schreier am 16. 10. in Troppau; Leopoldine Tomasch am 4. 10. in Langscharza, NÖ, Gertrude Unzeit, geb. Lachmayer, am 14. 10. in Znaim; Johann Wodny am 17. 10. in Babitz, Bezirk Znaim. G.E.

TIROL
Innsbruck

Zum letzten Sommertreffen der Landsmannschaft am 9. August waren 28 Landsleute ins Café Sacher gekommen, acht Heimatfreunde hatten sich für ihr Fernbleiben entschuldigt. Die vier Geburtstagsjubilare des Monats August waren leider verhindert. – Am 30. Juli ist unsere Reichenberger Heimatfreundin Christine Gruber in Innsbruck verstorben. Den Angehörigen gilt unsere aufrichtige Anteilnahme. – Wichtigster Programmpunkt war die Fixierung unseres Ausflugstermines im September auf den großen Ahornboden in der Eng. – Unseren vier Geburtstagskindern im Monat September wünschen wir alles Gute, vor allem Gesundheit für das neue Lebensjahr: Hildegard Wurnisch (Zeitler / Rumburg) feierte am 9. 9. ihren halbrunden 65. Geburtstag. Am 18. 9. begehrt Senta Pietersteiner (Warnsdorf) ihr 74. Wiegenfest. Zum hohen 82. Ehrentag gratulieren wir am 20. 9. Maria Schödl, und zum 84. Geburtstag gehen unsere guten Wünsche an Elfriede Biresak (Asch) am 25. 9. Siegfried Schwarz

DEUTSCHLAND
Nikolsburg – Geislingen

Allen Geburtstagskindern im Oktober herzliche Glückwünsche, besonders unseren Jubilaren: 97 am 25. 10. Karl Parstorfer, 92 am 13. 10. Theresia Groyer (Grün), 91 am 13. 10. Maria Schultreich (Schrott), 85 am 2. 10. Heinrich Weißenberger, am 3. 10. Johann Straka, 80 am 7. 10. Maria König (Andermann), am 12. 10. Irene Brunner, am 24. 10. Maria Straka (Warbinek), am 29. 10. Emma Brandl (Bayer), 75 am 5. 10. Edeltraud Bernhard (Barina), am 7. 10. Wilhelm Raible, 65 am 26. 10. Hedwig Holzer (Buska), 55 am 19. 10. Karin Raab. – Goldene Hochzeit feiern am 31. 10. Pech Armin und Meta (Wagner). Der Jubilar kommt aus der Pollauer Straße 40 und die Gattin aus Obersontheim. Anschrift: Degerlocher Straße 49, 70597 Stuttgart. Die Nikolsburger wünschen noch viele gemeinsame glückliche Jahre. KN

Aus redaktionellen Gründen ist der Redaktionsschluß für die Nummer 19 schon am MITTWOCH, DEM 29. SEPTEMBER.

Redaktionsschluß
Redaktionsschluß ist jeweils am **Donnerstag, acht Tage vor dem Erscheinungstermin. Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Später eingelangte Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.**

Folge 19	7. Oktober	Red.-Schluß	29. September
Folge 20	21. Oktober	Red.-Schluß	14. Oktober
Folge 21	4. November	Red.-Schluß	28. Oktober
Folge 22	18. November	Red.-Schluß	11. November
Folge 23	2. Dezember	Red.-Schluß	25. November
Folge 24	16. Dezember	Red.-Schluß	9. Dezember

DIE JUGEND BERICHTET
Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25, Tel. / Fax 01 / 718 59 13
Internet: www.sdjoe.at
E-Mails: office@sdjoe.at

Bundesverband

Am 25. und 26. September findet die wichtigste sudetendeutsche Veranstaltung in Österreich, nämlich der Sudetendeutsche Heimattag, statt. Es gibt ein sehr ansprechendes Programm (siehe im Zeitungsinnen) für jedermann, auch für die junge und mittlere Generation. Denken wir an unsere Museen, an das Treffen im „Haus der Heimat“, an den bestimmt sehr schönen Festzug und das Treffen in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg. Übrigens haben wir dort wieder im Foyer einen Informationsstand – wir ersuchen um rege Inanspruchnahme! Die Öffentlichkeit wird uns wieder beurteilen und gerade darum ist ein guter Besuch sehr wichtig. Daher sollten auch Ihre Kinder und Enkelkinder, werte Landsleute, vor allem bei den Veranstaltungen in Klosterneuburg sehr stark vertreten sein. Gemeinsam muß es uns gelingen, in der Öffentlichkeit als geschlossene Volksgruppe aller Generationen aufzutreten – dazu rufen wir auf! Unser Aufruf gilt aber auch unserer Festveranstaltung am 23. und 24. Oktober anlässlich 50 Jahre Bundesverband der Sudetendeutschen Jugend Österreichs im „Haus der Heimat“, in Wien 3., Steingasse 25! Zahlreiche Anmeldungen dazu liegen schon vor, einige Kameraden von früher fehlen noch – meldet Euch rechtzeitig an! Ohne Anmeldung wird es für uns schwierig, eine genaue Essensanzahl vorzubereiten und vieles Anderes mehr; bitte helft uns mit Eurer Anmeldung, damit alles bestens verlaufen kann. In der nächsten „Sudetepost“ werden wir das genaue Programm veröffentlichen. Ebenso weisen wir auf das Projekt „Auf Spurensuche“ hin. Da wurde die Meldefrist verlängert. Interessierte im Alter von zirka 18 bis 25 Jahre mögen sich bis spätestens 12. Oktober bei uns melden. Gemeinsam müßte es uns doch gelingen, junge Leute dafür zu interessieren – helfen Sie bitte mit, daß auch diese Aktion ein Erfolg wird. Näheres im Zeitungsinnen. – Samstag, 6. November: Österreichisch-sudetendeutsches Volkstanzfest in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg. Dazu ist jedermann, gleich welchen Alters, recht herzlich eingeladen – Näheres dazu in der nächsten Nummer der „Sudetepost“.

Landesgruppe Wien

Wir treffen uns jeden Mittwoch, ab 19 Uhr, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. – für alle interessierten jungen Leute. Daher auch für Ihre Kinder und Enkelkinder, werte Landsleute. Schicken Sie diese zu unseren Veranstaltungen, diese sind für jedermann offen bzw. nehmen Sie ihre Kinder unbedingt zu den landsmannschaftlichen Veranstaltungen – wie zum Beispiel zum kommenden Heimattag in Klosterneuburg – mit. – Vom 25. bis 26. September findet in Wien und Klosterneuburg der Heimattag statt – das Programm ist im Zeitungsinnen zu sehen. Wir werden dort wieder im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen. Eine starke Beteiligung der mittleren und jüngeren Generation ist daher besonders wichtig. Beim Trachtenfestzug sind wir dabei und im Foyer der Babenbergerhalle finden Sie wieder unseren Info-Stand – wir laden dazu Sie und alle jungen Leute zum Besuch des Standes ein. – Am Sonntag, 10. Oktober, findet das Norbert-Göbel-Gedächtnis-Bowling-Turnier beim Engelmann in Wien 17. statt. Jedermann, ohne Altersbeschränkung, darunter alle Freunde des Bowlings und Kegels, sind zum Mitmachen herzlich eingeladen. Es gibt jeweils eine Damen- und eine Herrenklasse. – Nicht vergessen auf die Anmeldung zu unserer Festveranstaltung am 23. und am 24. Oktober im „Haus der Heimat“ in Wien!

Landesgruppe Niederösterreich

Am 25. und 26. 9. findet der Heimattag in Wien und Klosterneuburg statt. Da muß man

SPENDENKONTO
Bankverbindungen: Österreich: Sparkasse Linz, Kto.-Nr. 28135, BLZ 20320
Deutschland: VR-Bank Passau Freyung eG Kto.-Nr. 89869, BLZ 740 900 00.
Vermerk: „SPENDE“

Spenden für die „Sudetenpost“
4,30 Gertrud Püffeld, D-Bad Homburg
9,00 Stephan Pexa, Wien
10,00 Franziska Lackner, Deutschlandsberg
29,00 DDr. Karl Fanta, Wien
31,00 Cäcilia Jantschke, Neu-Nagelberg
31,00 DI. Dr. Bernhard Quatember, Innsbruck
Die „Sudetepost“ dankt den Spendern herzlich!

ganz einfach dabei sein. Alle Landsleute, die mittlere und die junge Generation, alle interessierten Freunde sollen daran teilnehmen. Es geht hier vor allem um die Veranstaltung in Klosterneuburg (Festgottesdienst, Festzug und das Heimattreffen in der Babenbergerhalle). Die Sudetendeutsche Jugend hat im Foyer einen Infostand aufgebaut, wo man sämtliche Auskünfte über uns und unsere Aktivitäten erhält. – Zum Bowlingturnier am Sonntag, dem 10. Oktober, in Wien 17., sind alle Freunde des Bowlings – vor allem aus der Umgebung Wiens – herzlich eingeladen. Jeder kann mitmachen, ohne jedwede Altersbeschränkung. Wir sollten dort mit einer starken Mannschaft vertreten sein. – Festveranstaltung am 23. und 24. Oktober im „Haus der Heimat“ in Wien 3., Steingasse 25 – seid Ihr schon alle dazu angemeldet? Wenn nicht, dann sofort anmelden. – Samstag, 6. November: Österreichisch-sudetendeutsches Volkstanzfest in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg. Merkt Euch diesen Termin vor!

Landesgruppe Oberösterreich

Die Herbstarbeit ist angelaufen und schon jetzt freuen wir uns auf die Festveranstaltung am 23. und 24. Oktober im „Haus der Heimat“ in Wien anlässlich „50 Jahre Bundesverband der Sudetendeutschen Jugend Österreichs“! Gerade wir aus Oberösterreich waren am 7. November 1954 bei der Gründung des Bundesverbandes besonders aktiv vertreten und unsere unvergessene Trude Derschmidt war die erste Bundesmädelführerin, erinnern wir uns auch an unsere Kameraden Traude und Othmar Schaner, Gretl und Ali Hecht, an Roswitha und „Gox“, an die Zahorka-Geschwister, Erwin Friedrich, die Ratzer-Geschwister aus Braunau, die „Richter-Sippe“ aus Eferding, Franz Böhm aus Linz usw. Sie waren alle an führender Stelle tätig. Kommen wir also alle nach Wien, etliche sind schon angemeldet, etliche fehlen noch – wir erwarten Euch alle!

Arbeitskreis Südmähren

Viele Freunde hatten sich zum ersten Heimabend nach den Ferien eingefunden, wo es viel zu erzählen gab. Jetzt gilt es zahlreiche schöne vor uns liegende Veranstaltungen vorzubereiten. Sonntag, 26. September: Im Rahmen des Sudetendeutschen Heimattages in Wien und Klosterneuburg findet der große Trachtenfestzug in Klosterneuburg statt, wo wir mit den Fahnen und den Trachten teilnehmen werden. – Am Sonntag, dem 26. 9. beim Winzerumzug in Retz nehmen wir mit dem „Südmährer-Festwagen“ teil. – Samstag, 2. Oktober: Herbst-Kultur-Fahrt nach Raigern, Austerlitz, Kremsier. Abfahrt um 7.30 Uhr vor dem Südmährer-Museum in Laa an der Thaya, Stadtplatz. Anfrage bei Josef Mord. – Dienstag, 5. Oktober: Heimabend ab 19.30 Uhr, im „Haus der Heimat“, Wien 3., Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. – Samstag, 9. Oktober: Herbstautobusfahrt nach Südmähren mit Herbstwanderung. Abfahrt ist um 7 Uhr vom Friedrich-Schmidt-Platz (hinter dem Wiener Rathaus) mit Zusteigemöglichkeiten entlang der Bundesstraße 7. Anfragen / Anmeldungen bei Josef Mord, Telefon und Fax: 0 25 22 – 76 38. Bitte um rasche Entscheidung. – Sonntag, 10. Oktober: Bowling-Turnier, gemeinsam mit der SdJ beim Engelmann in Wien 17. Beginn um 14 Uhr. – Unsere Vorgängergemeinschaft war die „Sudetendeutsche Jungmannschaft in der SdJ“, die aus der Thaya-Jugend Wien hervorgegangen ist. Sie trat natürlich sofort dem Bundesverband der SdJÖ, der heuer sein 50jähriges Bestehen feiert, im Jahr 1955 bei. Übrigens war Dipl.-Ing. Walter Brandl aus der Thaya-Jugend der erste gewählte Bundesjugendführer der SdJÖ. Nehmen wir also an den Feierlichkeiten am 23. und 24. Oktober im „Haus der Heimat“ geschlossen teil – Anmeldungen dazu sind aber sofort erforderlich, ohne diese haben es die Organisatoren schwer, die benötigten Essen usw. vorzubereiten. Es lebe die langjährige Kameradschaft, darum bist doch auch Du dabei!

GUTES BENEHMEN IST IMMER GEFRAGT

Mit netten Worten kann man meist mehr erreichen als mit starken!

1. Da kann ich nichts machen. – **Leider habe ich momentan keine Möglichkeit.**
2. Ich will das so! – **Wahrscheinlich geht das nicht anders.**
3. Ich lasse mir das nicht gefallen! – **Sie werden sicherlich Verständnis haben, ...**
4. Kriegen Sie da noch was? – **Hätten Sie noch einen Wunsch?**
5. Er hat nichts! – **Vorläufig ist er leider nicht in der Lage...**
6. Was Sie da geschrieben haben, ist schlecht! – **Könnten wir diese komplizierte Materie genauer erörtern?**

Die Wurzeln des tschechischen Antideutschtums

Die Schlichtung tschechischer Beziehungen mit den Nachbarländern einschließlich der tschechischen Integration in die europäischen Strukturen sind zwar sehr wichtige Fragen, aber meiner Ansicht nach ist die Schlußfolgerung, die innerhalb der Gesellschaft zu den tschechisch-sudetendeutschen Fragen getroffen wird, wichtiger für die weitere Entwicklung des tschechischen Staates. Dieses Problem und zwar

Von Franz Chocholatý Gröger

einschließlich der Fragen der tausendjährigen tschechisch-deutschen Beziehungen sowie das Bestreben, eine gemeinsame Kultur zu schaffen auf dem Gebiet der Böhmisches Krone, sagt etwas aus über den Zustand der tschechischen Gesellschaft. Es zeigt uns, ob wir dazu fähig sind, unsere Vergangenheit zu reflektieren und welche Strecke wir zurückgelegt haben auf dem Weg von einer negativen Selbstreflexion einer bedrohten Volksgruppe (mit den charakteristischen Elementen der Auserwählten eines Volkes) zum positiven Selbstverständnis einer vollberechtigten bürgerlichen Gesellschaft. Nichts ist gefährlicher, als sich die Überzeugung von einem auserwählten und demokratischen Volk zu bewahren, ein Irrtum, der in dieser Nation seit der Hälfte des 19. Jahrhunderts gepflegt und dieser Gesellschaft daher immerfort eingeprägt wurde: Die tschechische Gesellschaft ist eine demokratische Gesellschaft mit einer reichen demokratischen Tradition. Sie erlauben, daß ich das bezweifle.

Manche Betrachtungen in der Tageszeitung „Pravo“ und andere zeigen, wie stark das Antideutschtum im tschechischen Volk verwurzelt ist – und hier ziehe ich nicht die Publikationen der tschechischen linken oder rechten Randgruppen in Erwägung, die sich leider gerade in einer Sache einig sind: Im Antideutschtum. Ein Tscheche läßt sich wahrscheinlich schwer davon überzeugen, daß ein Sudetendeutscher nicht mehr sein Feind ist, wenn ihm dieses Feindbild im wesentlichen seit dem Jahre 1848 eingebläut wurde, als sich das Gefühl der Bedrohung und der politische Druck in der Vorstellung des Deutschen als Erzfeind materialisierten. Dies ist genauso schwierig wie das da-

malige Bestreben, dem tschechischen Gewerbetreibenden beizubringen, daß ein Jude nicht sein Feind ist und daß das Böse, das Elend und das Leid der Gesellschaft ihre konkrete Ursache haben und das alles nichts mit der Rassenherkunft beziehungsweise der gesellschaftlichen Stellung eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen zu tun hat.

Die tschechische Gesellschaft lebt permanent im Bann von Mythen und Vorurteilen. Die tschechischen Medien verfahren bei der Darstellung der Sudetendeutschen über fünfzig Jahre lang auf ähnliche Weise wie bei Menschen jüdischer Herkunft, die sie mit gekrümmten Nasen malten. Im wesentlichen knüpfen sie hier an ältere Traditionen an, denen die tschechischen Medien nach dem Jahre 1848 gefolgt waren. Leider blieben viele Erzeugnisse der zeitgenössischen Massenmedien dieser tschechischen Tradition nichts schuldig. Das Wesen dieser Äußerungen liegt in der Angst, die zwar aus eigenen oder überlieferten Erfahrungen resultiert, aber auf primitive Weise verarbeitet wurde. Gesunder Menschenverstand weicht den Trieben. Eine Lösung ist gefunden, es ist nicht nötig, Antworten auf die Fragen zu suchen, der einzelne oder die Gruppe ist zufrieden und das gepflegte Bild von sich selbst nicht befleckt.

Die Vorstellung vom Erzfeind ist implizit auch in der Geschichtsauffassung Palackys präsent. Diese Auffassung wurde auf tschechischer Seite von Zeit zu Zeit der Kritik unterzogen. Masaryk kritisiert in seiner Arbeit Jan Hus Palackys übertriebenen Nationalismus, der dazu führt, daß wir das nationale Leben allzu negativ betrachten und dessen historische Zielrichtung nur auf den ewigen Antagonismus gegen die Deutschen eingeengt ist. Ähnlich kritisiert auch Emanuel Radl die Theorie von Palacky: „...Palackys Theorie trübt unsere Augen für einen friedlichen Umgang zwischen Tschechen und Deutschen. Die Mehrheit der Deutschen verstand uns und half uns auch ... Die Kultur, die aus dem Westen zu uns kam, kam in Wirklichkeit aus Deutschland“. Palacky stellt auch die These auf, daß das slawische Element seit uralten Zeiten demokratisch war, das deutsche hingegen obrigkeitlich. Die Erwägungen aktivierten dann die Massen und trieben sie in

Scharen unter das Banner der totalitären Bewegungen. Auf diese Weise materialisiert sich die Vorstellung vom Erzfeind und sie wurde Wirklichkeit. Gerade auf diese Art überzeugten sich beide Völker seit 1848 im Laufe ihrer nationalen Emanzipation davon, daß es nötig ist, den Gegner zu vernichten, und daß alles erlaubt ist. Diese Vorstellung bot dann den Raum für die suggestiven Aufrufe der Politiker, die Massen zur Vergeltung aufforderten – zur Vertreibung. Gegenüber dem Erzfeind ist im Rahmen dieses „heiligen Krieges“ alles erlaubt. Auf einmal war der tausendjährige gemeinsame Aufbau des Landes vergessen und alles, was daran hätte erinnern können, mußte vernichtet werden. Das Antideutschtum wurde zu einer gewissen Organisationsgrundlage für den Eintritt des totalitären Regimes der Národní fronty (Nationalfront). Unter dem Banner des Antideutschtums versteckte sich bequem die tschechische Kollaboration. Ähnlich wie der Antisemitismus schuf er Raum für wirtschaftliche und soziale Vorurteile. Das Antideutschtum – und hierin besteht die Ähnlichkeit mit Deutschland vor dem Jahre 1933 – wurde zum zusammenschweißenden Element für die tschechische Nachkriegsgesellschaft. Dieses Antideutschtum sollte die Sehnsüchte der tschechischen Seele erfüllen, die durch den Krieg, die Kollaboration und den passiven Widerstand verstümmelt war. Wohlstand und Glück können für das tschechische Volk nur durch die Säuberung des tschechischen Raumes vom Erzfeind erreicht werden, durch die Austreibung jenes fremden, feindlichen Elements. Nach den naiven Vorstellungen von irgendeinem Messianismus des tschechischen Volkes sollte die völlig gesäuberte tschechische Gesellschaft als nächstes alle sozialen Konflikte lösen ohne Kämpfe zum Nutzen der nationalen Grenzen und nur in dessen Rahmen. Als dieser Raum von den Deutschen befreit war, mußte ein neuer Feind gefunden werden und die Tschechen begannen, sich gegenseitig zu ermorden und Gewalt anzutun. Es wurde die Herrschaft eines Tschechen über andere inthronisiert. Das Banner des Antideutschtums wehte über dieser neuen Ordnung.

Es kam das Jahr 1989 – die Grenzen öffneten sich, und mit einem Male war es der Erzfeind,

mit dessen Hilfe sich der Weg zur europäischen Integration erreichen läßt. Alles in Ordnung bis zu dem Augenblick, in dem dieses tschechische Volk ohne den Zerrspiegel der Ideologie auf seine Geschichte zurückblicken soll. Fragen: Wie soll man Stellung beziehen zur Vertreibung seiner ehemaligen Mitbürger, wie soll man zugeben, daß die gemeinsame Geschichte mehr positive als negative Momente kannte, wie soll man seine Fehler zugeben, wie sich zu seiner Kollaboration bekennen, sowohl während der deutschen Okkupation als auch während des kommunistischen Regimes? Fragen, die brennen. Das Schreckgespenst des Sudetendeutschen, der sein Eigentum zurückverlangt, paßt nicht nur in die Zeit der Wahlen.

Die Deklaration war angenommen, jedoch sollte man im Interesse der Reinigung des Volkes und der demokratischen Entwicklung dieses Landes mehr über die tschechische antidemokratische Tradition sprechen, die bisher von der politischen Repräsentation als Randerscheinung und mehr oder weniger natürlicher Bestandteil unserer politischen Traditionen verstanden wurden. Leider haben die Äußerungen der beiden politischen Randgruppierungen ihre Vorläufer in den Äußerungen der demokratischen Nachkriegspolitik, sei es der Abschubarchitekt Dr. Hubert Ripka oder Präsident Beneš. Solange die tschechischen Intellektuellen und Politiker die Schuld an der Spaltung der beiden Länder nur bei einer Nation suchen und es ihnen nicht gelingt, beim Blick in den Spiegel der Geschichte auch die Taten der tschechischen Nation zu betrachten, wird das Antideutschtum ein dauerhafter Bestandteil tschechischen Denkens bleiben. Nicht die Frage ist wichtig, wer die größere Schuld trägt an der Spaltung der beiden Sprachstämme eines Landesvolkes. Die Historiker sollten nach einer Antwort auf die Frage suchen, warum es den Tschechen und Deutschen nicht gelungen ist, eine gemeinsame Kultur und ein gemeinsames Landesvolk zu schaffen? Auch wenn auf diesem Staatsgebiet nicht mehr jene dreieinhalb Millionen Deutschen leben, kann das Antideutschtum trotzdem zu einem großem Problem werden auf dem tschechischen Weg in die Strukturen Europas.

Warum ich die Beneš-Büste aufstellte

Im Zweiten Weltkrieg habe ich als Soldat auf Seiten der Alliierten gekämpft und mein Leben für die demokratischen Ideale und gegen Faschismus eingesetzt. Auf eigenen Leib erfuhr ich, wie Haß und Verhetzung-propaganda Leute zu Grausamkeiten und Unmenschlichkeit führen könne. Daher war es nicht meine Absicht, mit der Aufstellung der Büste Haß oder Feindschaft zu provozieren. Im Gegenteil: Die mahnenden Worte Präsident Beneš' sind gegen erneute Hetze und Mißverständnisse zwischen den Völkern gerichtet.

Wer der Initiator all dieses Unglücks, Grausamkeit und Unmenschlichkeit war, braucht nicht erneut gesagt werden. Leider haben zwei Psychopathen das Schicksal der Welt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts maßgeblich bestimmt und dabei leider eine gewaltige Zahl von Mit Helfern gefunden.

Kann man die unbeschreibliche Grausamkeiten, die mit der Bombardierung Warschaus und Rotterdams angingen, mit Auschwitz, Lidice, Heydrichiade, Zwangsarbeit, verbrannter Erde, totalem Krieg usw. eskalierte, jemals vergessen?

Hatten nicht die Geplagten das Recht, sich zu wehren und zurückzuschlagen?

Hat nicht der demokratische Teil der Siegerallianz nach dem Kriege die Besiegten mehr als human behandelt?

Nach der stalinistischen Machtübernahme im Februar 1948 habe ich meine Heimat verlassen, da ich nicht fünf Jahre für eine nun rote Diktatur gekämpft habe. Erst in der Zeit, in der Herr Dubcek einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz schaffen wollte, konnte ich meine Heimat wieder besuchen. Dort erfuhr ich, daß eine Büste von Präsident Masaryk, dem Vater der Tschechoslowakei, zur Verschrottung vorgesehen war. Ich kaufte sie und schmuggelte sie ins Ausland.

Tribüne der Meinungen

Nach dem Fall des Kommunismus war die Emigration für Präsident Masaryk und auch für mich beendet. Als Zeichen der wiederhergestellten Demokratie habe ich die Büste und eine Gedenktafel mit den Namen gefallener Kameraden aus Südböhmen im Vorhof des Hotels „Ruze“ in Cesky Krumlov errichten lassen.

Für mich war selbstverständlich, daß auch eine Büste unseres zweiten Präsidenten. Dr. Edvard Beneš, der unseren Widerstand leitete, errichtet wurde.

Die Tafel mit der prophetischen Warnung des Präsidenten Beneš aus dem Jahr 1945 habe ich erst anfertigen lassen, als die Sudetendeutschen Landsmannschaften und andere politische Opportunisten die einheitlichen Festlegungen der Siegerallianz und die sich darauf stützenden Dekrete Beneš' kritisierten und einseitig das Vergessene als einen Spuk aufleben ließen. Ich werde gern die Tafel abnehmen, wenn die Hetze dieser Leute aufhört.

Jan Horal, Prag

(Besitzer des Hotels „Ruze“ in Krummau)

Deutsche wählten Beneš

Landsmann. Dr. Hilf widerspricht in der Ausgabe der „Sudetentpost“ vom 2. September 2004 (Tribüne der Meinungen, Seite 12, „Fetisch?“) zurecht einigen Aussagen Fürst Schwarzenbergs. Die Frage, ob Beneš 1935 auch mit Stimmen von Sudetendeutschen zum Staatspräsidenten gewählt wurde, bleibt aber immer noch etwas im Dunkel. Tatsache ist, daß zweiundzwanzig Abgeordnete der Aktivistischen Parteien, darunter die Deutschen Sozialdemokraten, Beneš wählten und die fünfundvierzig Abgeordneten der SdP

Henleins sich der Stimme enthielten. Beneš hätte vielleicht verhindert werden können, wenn diese fünfundvierzig Abgeordneten für Beneš' Gegenkandidaten, Prof. Němec, eingetreten wären. Da dieser für einen innenpolitischen Rechtsruck, der zu besseren Beziehungen zu Deutschland führen sollte, stand, mag das Verhalten der SdP heute vielleicht verwundern. Es zeigt aber erneut, wie falsch es ist, in der Henlein-Partei nur die „fünfte Kolonne“ Berlins zu sehen. (Siehe Wenzel Jaksch, Europas Weg nach Potsdam, Seite 272 f.)

Auch die „Geburtsstunde“ für den Vertreibungsplan kann genauer bestimmt werden, als es in Dr. Hilfs Zusage geschieht. Als Beneš 1935 seine Hoffnung auf „ungestörte Assimilation der Sudetendeutschen seit dem Jahre 1935 zerstört“ sah (Friedrich Prinz, Beneš und die Sudetendeutschen, in: Beiträge zum Deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert. Seite 107), suchte er nach neuen Lösungen. Diese erhielten eine konkrete Form erstmals im sogenannten „Necas-Geheimbrief“ vom 16. September 1938, mit dem Beneš neben einer Landabtretung von vier- bis sechstausend qkm den Transfer von 1,5 bis zwei Millionen Sudetendeutschen vorschlug. Dieser Plan kann als Vorstufe für den späteren Völkermord bezeichnet werden. Er bedeutete aber nur eine Änderung der Taktik, denn das strategische Ziel, Eliminierung der Sudetendeutschen, blieb gleich. Assimilation hätte „kulturellen Völkermord“ bedeutet, die physische Vertreibung verschärfte ihn durch Heimatverlust und Mord. Daß sich Beneš der Schändlichkeit seiner Pläne bewußt war, zeigt die Geheimhaltung seiner 1918/19 in Saint Germain vorgelegten Denkschriften. Das darin u. a. enthaltene Versprechen einer „höheren Schweiz“ wurde seinem eigenen Volk erst 1937 durch Veröffentlichung in Deutschland bekannt. Beneš bezeichnete diese Veröffentlichung als „symptomatisch unfreundliches“ Verhalten der deutschen Politik. F. Volk, D-Usingen

Bowling-Turnier am 10. 10. in Wien

Alle Bowling- und Kegelfreunde sind zum 22. Norbert-Göbel-Gedächtnis-Bowling-Turnier am Sonntag, dem 10. Oktober, in die Sporthalle Engelmänn, Wien 17, Syringgasse 6 bis 8 (Eingang Beheimgasse), sehr herzlich eingeladen. Die Sporthalle befindet sich nächst der Jörgerstraße / Jörgerbad. Wir beginnen pünktlich um 14.00 Uhr (Treffpunkt ist um 13.45 Uhr). Dauer zirka drei Stunden, inklusive der Siegerehrung. Jedermann kann daran teilnehmen, ohne Altersbeschränkung, daher auch für die mittlere und ältere Generation möglich!

Mit Straßenschuhen bzw. eigenen Sportschuhen darf nicht gespielt werden – Schuhe müssen gegen geringes Entgelt in der Sporthalle entliehen werden. Zur Abdeckung der Bahn-miete wird von jedem Teilnehmer ein kleiner Spesenbeitrag eingehoben. Machen auch Sie bzw. mach auch Du mit! Schöne Pokale und kleine Sachpreise warten auf die Teilnehmer. Schon jetzt freuen wir uns auf Ihre bzw. Eure Teilnahme.

SdJ-Landesgruppe Wien, NÖ. und Bgld. sowie SLO-Bezirksgruppe Wien und Umgebung

Volkstumsnachmittag in Passau

Am Sonntag, dem 3. Oktober, um 14.00 Uhr, findet ein Volkstumsnachmittag zum Tag der Heimat im Großen Rathaussaal in Passau, Eingang Schrottgasse, statt. Es spricht über „Dialog führen – Europa gestalten“ – „Fünfzig Jahre Böhmerwaldmuseum Passau“ StD Manfred Pranghofer, der Kustos des Böhmerwaldmuseums Passau. Für die musikalische Gestaltung sorgt das Familienquartett Andreas Krocze, Huthurm. Volksmusik und Volkstänze aus Niederbayern und dem Böhmerwald bringen der Männergesangsverein Sankt Salvator unter der Leitung von Hermann Sichhart und die Volkstanzgruppe Schönbürg unter Leitung von Andrea Stiebler. Am gleichen Tag findet vormittags um 11.15 Uhr die Kranzniederlegung am Vertriebenenendenkmal vor der Kirche in Heining statt.